

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

BUND SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER, OPFER DES FASCHISMUS UND AKTIVER ANTIFASCHISTEN



Vor 60 Jahren: Entscheidung für Österreichs Wiedergeburt

In einer Erklärung der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs, die gemeinsam mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes veröffentlicht wurde, heißt es:

Am 30. Oktober 1943 beschlossen die Außenminister der drei Alliierten (Großbritannien, die Sowjetunion und die USA) eine Erklärung zu Österreich, die als „Moskauer Deklaration“ in die Geschichte einging und für das Wiedererstehen eines freien und demokratischen Österreich von entscheidender Bedeutung war. In dieser Erklärung haben die Alliierten

- Österreich als erstes Opfer der Aggressionspolitik Hitlers bezeichnet,
- den „Anschluss“ an Deutschland für null und nichtig und die Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreich zum alliierten Kriegsziel erklärt,
- Österreich „darauf aufmerksam gemacht, dass es für die Beteiligung am Kriege an der Seite Hitler-Deutschlands die Verantwortung trägt, der es nicht entrinnen kann“ und
- angekündigt, „dass bei der endgültigen Regelung unvermeidlich sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung berücksichtigt werden wird“.

Auf der Grundlage dieser Erklärung ist Österreich im April 1945 wiedererstanden, und in den 1955 zur Wiedererlangung der Souveränität führenden Staatsvertragsverhandlungen hatte die Moskauer Deklaration einen hohen Stellenwert. Diesen eigenen Beitrag zur Befreiung haben Tausende Frauen und Männer im österreichischen Widerstand geleistet. Sie kamen aus verschiedenen politischen und weltanschaulichen Lagern.



Vranitzky: Einsatz des Widerstandes historisch bedeutsam

Das Spektrum reichte von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern über katholische, konservative und legitime Gruppen bis hin zu nationalen und religiösen Minderheiten wie etwa Kärntner Slowenen, Wiener Tschechen oder Zeugen Jehovas. Daneben haben unzählige Österreicherinnen und Österreicher auf sich

allein gestellt Widerstand geleistet, indem sie gegen das NS-Regime Stellung nahmen, Nachrichten ausländischer Sender verbreiteten, Juden, ausländischen Arbeitern, Kriegsgefangenen und anderen Verfolgten halfen. Verfolgung, Inhaftierung, Misshandlung und Tod waren die Konsequenzen dieses mutigen Einsatzes.

Die durchaus notwendige Diskussion und Aufarbeitung des Anteils der Österreicher am Nationalsozialismus und der österreichischen NS-Täter sollte nicht dazu führen, die Leistungen und die Bedeutung des österreichischen Widerstandes zu relativieren oder zu schmälern. Die Zweite Republik ist auf dem Fundament dieses anderen Österreich aufgebaut und sollte sich daher ihrer Opfer und Vorkämpfer stets bewusst sein.

Bei der Gedenkveranstaltung der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer vor dem Denkmal für die Opfer des Faschismus würdigte Bundeskanzler a. D. Franz Vranitzky am 1. November unter Hinweis auf die Moskauer Deklaration den Einsatz des Widerstandes für die Wiederherstellung Österreichs.

Bundvorsitzender Alfred Ströer sah in der Anwesenheit der zahlreichen jungen Menschen eine große Hoffnung, welche die Überlebenden des Widerstandes und der Konzentrationslager in die Zukunft setzen (siehe auch Seite 3). ■

Vergessene Gedenktage?

Im diesjährigen Herbst vermerkte der historische Kalender einige runde Daten von für Österreich sehr bedeutsamen Ereignissen. Das offizielle Österreich des Bundeskanzlers Schüssel war im Gedenken daran sehr zurückhaltend. Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer hingegen sehen es – gerade auch deshalb – als eine ihrer Aufgaben an, solche Gedenktage hochzuhalten, weil sowohl das Erinnern an positive Ereignisse unserer Geschichte als auch an deren Tragödien das Bewusstsein schärft, dass die Wahrung von Freiheit, Menschenwürde und Demokratie eine bleibende Aufgabe aller Generationen ist. In diesem Sinne soll das Gedenken an die Moskauer Deklaration, die vor 60 Jahren, am 30. 10. 1943, die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Österreichs festlegte, und den Gründungstag der Republik, durch den vor 85 Jahren, am 12. 11. 1918, die Demokratie in unserem Land einzog, aber auch die Wiedereinführung der Todesstrafe durch die Regierung Dollfuß vor 70 Jahren, am 11. 11. 1933, als Teil der Demokratiezerstörung durch die Austrofaschisten, und den Novemberpogrom der Nazis vor 65 Jahren, am 9. 11. 1938, hasserfüllter Auftakt zur Auslöschung des Judentums, wach gehalten werden.

Die besten Wünsche für das NEUE JAHR 2004 allen unseren Mitgliedern, Mitarbeitern, Freunden und Lesern!

Vranitzky: Das Erinnern hält wachsam!

Bei der Landesversammlung der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer NÖ hielt Bundeskanzler a. D. Franz Vranitzky ein Grundsatzreferat, in dem er sich unter anderem ausführlich mit der Rolle unseres Bundes befasste.

„Die Freiheitskämpfer haben in unserer Partei einen festen Stellenwert“, sagte Vranitzky. „Sie sind gut organisiert und immer zur Stelle, wenn es Ewiggestriges zu bekämpfen und zu widerlegen gilt und wenn ein wichtiges Erbe sozialdemokratischen Einsatzes und sozialdemokratischer Opferbereitschaft zu bewahren ist.“

In der Folge ging der Redner auf Kritiker dieser politischen Position ein. Wer sich grundsätzlich über Vergangenes keine Gedanken mache, sei nicht ernst zu nehmen, die Verteidiger und Leugner der NS-Verbrechen sind klar widerlegbar, und denen, die sie mit den Verbrechen des Kommunismus aufrechnen, müsse gesagt werden: „Folgt man den Aufrechnern und sagt, die einen haben eine Million Menschen umge-

bracht, man soll ihnen das aber nicht vorwerfen, weil die anderen haben auch eine Million Menschen umgebracht, dann sind am Ende zwei Millionen Menschen tot, aber niemand war schuld.“

Und wenn der Philosoph Ru-

besondere, wenn dieses Kapitel ein trübes ist. Den wenigen Überlebenden und ihren Angehörigen soll die Botschaft klar vermittelt werden, dass sie einem nicht gleichgültig geworden sind, nur weil bereits viel Zeit vergangen

„Ein Hitler kommt nie wieder“, werden die Beschwichtigungsapostel einwenden, „es wird keine Konzentrationslager mehr geben, und den Juden wird auch nichts mehr geschehen“ („wenn sie sich ordentlich aufführen“, diese Hinzufügung kann schon gelegentlich entschlüpfen). Auch ich behaupte nicht, dass es Gestapo und SS, BDM und Ariernachweis in dieser Form noch einmal geben wird. Dass Faschismus, dass Rassismus, dass Unfreiheit aber nicht in ganz anderen Kleidern als ehemals auftreten werden, kann niemand garantieren.“



Bei der NÖ-Landesversammlung (von links nach rechts): NR Anton Heinzl, SPÖ-Bezirksvorsitzender St. Pölten, NR a. D. Alfred Ströer, LA a. D. Karl Gruber, Bundeskanzler a. D. Dr. Franz Vranitzky, Walter Faderny

dolf Burger dem Vergessen das Wort redet, weil die Geschichte rechtfertige, „was immer man will“, so ist dem entgegenzuhalten: „Es ist ein Akt der Verantwortung, sich aus einem bestimmten Kapitel der Geschichte eines Landes nicht sang- und klanglos davonzustehlen, ins-

ist. Und überdies ist es unverzichtbar, der jüngeren Generation die geschichtlichen Fakten und ideellen Verirrungen nahe zu bringen, um sie für künftige Auswüchse wachsam zu machen, sie zu warnen und zur aktiven Abwehrbereitschaft zu gewinnen.

Vranitzky schloss sein Referat mit einer Erinnerung an die Worte des evangelischen Pfarrers und KZ-Häftlings Martin Niemöller: „Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war kein Sozialdemokrat. Als sie die Katholiken holten, habe ich nicht protestiert; ich war kein Katholik. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“ ■

Keine Privilegien für die Habsburger!

Die Landesversammlung der NÖ Freiheitskämpfer beschloss am 29. November in St. Pölten eine Resolution gegen die von Vertretern der Familie Habsburg-Lothringen beantragte Rückgabe von Vermögenswerten aufgrund des Restitutionsgesetzes (das NS-Regime hatte eine von der austrofaschistischen Regierung erfolgte Rückgabe des Habsburgervermögens aufgehoben). In der Resolution heißt es unter anderem:

Nach dem Ende des 1. Weltkrieges 1918 wurden jene Habsburger, die sich geweigert hatten, gegenüber der jungen demokra-

tischen Republik die Loyalität zu erklären, des Landes verwiesen und enteignet. Beträchtlicher Grundbesitz, Schlösser, Wälder und Kunstschatze wurden als Volksvermögen erklärt. Während der christlich-austrofaschistischen Ära 1934–1938 wurde Habsburg-Lothringen mit Eigentum wieder ausgestattet.

- Rund 20.000 ha Wald,
- 7.000 ha Landwirtschaft,
- vier Mietshäuser in Wien und weitere 120 Häuser und Höfe,
- elf Schlösser und mehrere unter Denkmalschutz stehende Ruinen.
- Ein Grafitwerk und mehrere Nebenindustrien rundeten den „Vermögensbesitz“ ab, der die

Habsburger in Österreich wieder wohlhabend machte, obwohl ihre desolate Politik Millionen junge Menschen im Krieg zwischen 1914 und 1918 das Leben gekostet hat.

Otto Habsburg, ein Großneffe des Kaisers Franz Joseph, war zwar ein erklärter Gegner der NS-Politik wie viele Tausende einfache österreichische Widerstands- und Freiheitskämpfer auch, welche sehr oft dafür ihr Leben opfern mussten. Doch es war diffamierend, dass sich Otto Habsburg nach dem 2. Weltkrieg an US-Regierungsstellen gewendet hat, um die von ihm dort so bezeichnete „kommunistische Regierung

Renner“ nicht anzuerkennen. Mit der Folge, dass es monatelanger Überzeugungsarbeit bedurfte, um das Vertrauen der Westalliierten für die Regierung Renner zu gewinnen.

Das österreichische Volk hat gerade nach dem 2. Weltkrieg – der eine Folge des 1. Weltkrieges war – nicht nur beim Wiederaufbau, sondern auch bei den Reparationsleistungen an die Sowjetunion enorme Leistungen und Entbehrungen auf sich genommen.

Das 1918 enteignete Habsburg-Lothringen-Vermögen muss weiterhin österreichisches Volksvermögen bleiben! ■

Wiener Gedenkfeiern im November

Beim traditionellen Gedenken der Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, der Wiener SPÖ-Bildung und der sozialdemokratischen Organisationen Wiens auf dem Wiener Zentralfriedhof nahmen diesmal hunderte Mitglieder, darunter sehr viele Jugendliche der SJ, teil. Hauptredner beim Denkmal für die Opfer des Faschismus 1934–1945 war Altbundeskanzler und SPÖ-Vorsitzender a. D. Franz Vranitzky, der sich unter anderem mit der Bedeutung des Widerstands gegen die Nazis und der Moskauer Deklaration befasste.

seine Bewegung an verbrecherischem Potential aufzubieten hatte.

Bei den Mahnmalen für die Februarkämpfer und für die Spanienkämpfer sprachen der Landesvorsitzende, Ernst Nedwed, und der Vorsitzende der „Österreichischen Freiwilligen in der Spanischen Republik“, Hans Landauer, der vor kurzem seine wissenschaftliche Arbeit über die Österreicher, die für die spanische Republik gekämpft haben, im DÖW präsentiert hat. Die Kundgebung endete mit dem Singen der Internationale.



Foto: Willy Wagner

Unter den Teilnehmern an der diesjährigen Gedenkfeier auf dem Wiener Zentralfriedhof am 1. November sah man auch viele junge Menschen



Der Gedenkmarsch für die Opfer. In der ersten Reihe (v. l. n. r.): Michael Ludwig, Rudolf Gelbard, Erna Musik, Edith Krisch, Alfred Ströer, Ernst Nedwed

Der Bundesvorsitzende der Freiheitskämpfer, Alfred Ströer, erinnerte an die Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938, bei der hunderte Jüdinnen und Juden in ganz Deutschland ermordet wurden und tausenden verfolgten Bürgern das Eigentum gestohlen bzw. zerstört wurde. Am schändlichsten war das Niederbrennen von hunderten Synagogen, die in organisierten Brandanschlägen durch die NS-Organisationen vernichtet wurden. Eine Tat, die erstmalig der Weltöffentlichkeit in aller Deutlichkeit zeigte, was Hitler und

In ganz Österreich fanden zur so genannten NS-Pogromnacht vom 9. zum 10. November einige Gedenkveranstaltungen statt, die zum Teil von den Kultusgemeinden, religiösen Gruppen und den Kirchen sowie den Organisationen der Opfer des Nazifaschismus abgehalten wurden. Die Wiener Freiheitskämpfer nahmen an einer Veranstaltung teil, die in einem Arbeiterbezirk, in Rudolfsheim-Fünfhaus, im Festsaal der Bezirksvorstehung stattfand. In diesem Bezirk wurde im Jahre 1938, in der Turnergasse 22, ein architektonisches

Juwel, eine Synagoge, die 1878 im Renaissancestil errichtet worden war, von einem SS-Sturm in Brand gesetzt und völlig zerstört. Bei der Gedenkveranstaltung erinnerte der Nationalratsabgeordnete a. D. Ernst Nedwed an diese schändliche Tat, die unvergessen bleibt. Die Nazis haben nach der Abtragung der Reste der Synagoge auf diesem Gelände eine private Garage errichtet, die erst in den Siebzigerjahren entfernt werden konnte. Auf diesem Platz wurde später ein Wohnhausbau errichtet. Eine Kupfertafel erinnert an dieses Verbrechen der Nationalsozialisten.

Im Anschluss an das Gedenken präsentierte die Gruppe „Scholem Alejchem“, unter der Leitung von Isaak Loberan, Lieder aus dem jüdischen Widerstand und aus der jüdischen Tradition. Das Konzert wurde mit großer Begeisterung aufgenommen. An der Feier nahmen der Bezirksvorsteher des 15. Bezirkes, Ing. Rolf Huber, und eine Reihe von Mitgliedern der Bezirksvertretung teil. Die Teilnehmer dankten den Künstlern und Veranstaltern mit lang anhaltendem Applaus.



Die Gruppe „Scholem Alejchem“ präsentierte bei der Gedenkfeier für die Opfer des Novemberpogroms Lieder aus dem jüdischen Widerstand

Graz: Das ist unser Totengedenken

Wenn wir jedes Jahr hier auf dem Grazer Zentralfriedhof unserer verstorbenen Angehörigen gedenken, schließen wir in das Gedenken jene Menschen ein, die dem autoritären austrofaschistischen System 1933 bis 1938 und der totalitären nationalsozialistischen Diktatur 1938 bis 1945 zum Opfer gefallen sind. Wir gedenken jener Menschen, die sich im Februar 1934 aus verzweifelter Position erhoben haben, um die Demokratie und den Rechtsstaat gegen das Dollfuß-Regime, das in einem Staatsstreich die Verfassung gebrochen hatte, zu verteidigen und dabei ihr Leben ließen. Wir gedenken jener Demokraten, die das Regime an den Galgen brachte, wie Koloman Wallisch und Josef Stanek hier in der Steiermark. Wir gedenken der politischen Gegner des Nationalsozialismus – Christlichsozialer, Konservativer, Liberaler, Kommunisten und Sozialdemokraten –, die man in den Gestapoverliesen und Gefängnissen gefoltert und zu Tode gebracht hat. Wir gedenken jener Menschen, die dem nationalsozialistischen Rassenwahn nicht genügten, die menschenverachtend aus der Gemeinschaft nach pseudowissenschaftlichen Kriterien herausselektiert wurden, Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti und andere so genannte rassistische Untermenschen, die man zu Millionen im Rahmen eines industriellen Massenvernichtungsprogramms wie Ungeziefer vertilgte. Unsere Gedanken sind bei den behinderten Menschen, den vielen Kindern, denen man das Lebensrecht absprach und die man in den psychiatrischen Anstalten tötete, bei den Kriegsgefangenen, Zwangs- und Fremdarbeitern, die das Regime – getreu dem Motto: „Vernichtung durch Ausbeutung!“ – zu Tode arbeiten ließ.

Der so genannten Helden, die angeblich mit fliegenden Standarten – zäh wie Leder, schnell wie Windhunde und hart wie Kruppstahl – in die Schlachtfelder gegangen und dort für die so genannte Ehre Deutschlands gefallen sind, können wir nicht gedenken. Es gibt solche Helden nicht. Es gibt nur Menschen, die man missbraucht hat. Und die, wenn sie an den so genannten Heldendenkmälern bei jedem zweiten Kirchentor aufgelistet sind, nochmals missbraucht werden. „Gefallen für das Vaterland“ steht dann dort. Es stellt sich allerdings die Frage, für welches Vaterland. Für das der Rechtlosigkeit, das Vaterland der totalitären Unterdrückung oder der industriellen Menschenvernichtung? Mit einem solchen Vaterland hat das Selbstverständnis der Zweiten Republik Österreich nichts gemein. Mit jedem alliierten Flieger, den der in einem Wiener Ehrengrab ruhende, für seinen

„Mut“ und seine tödliche Präzision in manchen Kreisen noch heute hoch gelobte Luftwaffenoffizier vom Himmel geschossen hat, hat dieser Krieg und nationalsozialistische Unterdrückung verlängert und die Wiedererrichtung des freien und demokratischen Österreich verzögert, unseres wirklichen Vaterlands, das jenen Werten verpflichtet ist, die wir heute so stolz und selbstverständlich die europäischen nennen.

Solch zweifelhafte Denkmäler für instrumentalisierte Helden stellen uns den Blick auf jene, die damals auf der richtigen Seite gestanden sind, die den Mut gehabt haben, diesem Massenwahn Widerstand entgegenzusetzen und dabei ihr Leben gelassen haben. Die österreichische Freiheitsfront etwa, zusammengesetzt aus vielen Kommunisten, aber auch Bürgerlichen und vor allem Bauern – ja sogar der Adel war vertreten! – und Sozialdemokraten, die in den Bergen, auf der Koralpe etwa mit

den slowenischen Verbänden oder im Hochschwabgebiet, völlig isoliert und auf sich alleine gestellt gekämpft hat, oder die ebenfalls aus allen politischen Lagern zusammengesetzte „O5“ in Wien oder die bürgerliche Freiheitsbewegung in Tirol unter Karl Gruber. Sie alle versuchten – mit wenig tauglichen Mitteln, ja, mit nicht allzu viel Erfolg, aber immerhin, sie versuchten es –, nationalsozialistische Kräfte im Inland zu binden, den Nachschub zu sabotieren und damit den Krieg zu verkürzen.

Und nicht zu vergessen die Deserteure, aus welchem Grund auch immer sie ihre Truppe verlassen haben, auch sie haben einen wichtigen Beitrag für das neue Österreich und gegen das Dritte Reich geleistet: Man hätte nach 1945 nicht nur dem unbekanntesten Soldaten ein Denkmal setzen, sondern auch ein Denkmal für den unbekanntesten Deserteur errichten sollen. ■

Werner Anzenberger

Protest in Riegersburg

Ein eindrucksvolles Signal des aktiven Widerstands gegen Rechtsextremismus und Faschismus setzte die Junge Generation gemeinsam mit dem Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer Steiermark am ersten Novemberwochenende in Riegersburg. Die Protestaktion wandte sich gegen ein Treffen der rechtsextremen AFP („Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik“) in diesem oststeirischen Ort. Mehr als 250 großteils junge Aktivisten demonstrierten mit Transparenten, Sprechchören, Plakaten, Hupen und Trillerpfeifen ihre tiefe politische Abneigung gegen die ewiggestrige Gedankenwelt der rechtsextremen Teilnehmer an diesem Treffen.

Der stv. Landesvorsitzende der Freiheitskämpfer Steiermark und JG-Landesgeschäftsführer Thomas Heim betonte die Wichtigkeit ständiger Information der Jugend. JG-Landesvorsitzender Hannes Schwarz trat für eine Ausweitung des Verbotsgeset-

zes ein, wodurch verhindert werden soll, dass die rechten Kreise mit ihrem latent nazistischen und revisionistischen Gedankengut vor den verschärften Bestimmungen in Deutschland nach Österreich ausweichen können. ■



Lautstarker Protest gegen Ewiggestrige

Ausstellung: Liesing im Dunkel

Was die Aufarbeitung der NS-Verbrechen betrifft, muss Österreich ernüchternde Bilanz ziehen: Viel von dem, was geschah, wurde geleugnet, verharmlost, verdrängt. In den letzten Jahren wurden im 23. Wiener Gemeindebezirk Liesing*) viele Projekte gegen das Vergessen durchgeführt.

Das Bezirksmuseum Liesing in der Canavesegasse zeigte im Oktober 2003 die Ausstellung „Liesing im Dunkel – verfolgte und ermordete LiesingerInnen 1934–1945“. Auf 60 laminierten A3-Tafeln wurden konkrete Schicksale von Liesinger Opfern des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus vorgestellt. Der Besucher erfuhr Wissenswertes über die mehr als 20 Straßen und Gassen im Bezirk, die nach Opfern benannt wurden, die Ausstellung gab einen Überblick über die Dimension der Naziherrschaft. Dabei beschränkte man sich nicht auf politisch und rassisch Verfolgte, sondern definierte den Opferbegriff breiter: Auch Sinti und

Roma, die sog. „Asozialen“, Homosexuelle, Bibelforscher (Zeugen Jehovas), Behinderte, Zivilbevölkerung (Bombenopfer!) und Wehrmachtssoldaten sowie Fremdarbeiter und Kriegsgefangene der Deutschen wurden einbezogen. Ziel der Ausstellung war, eine höhere Betroffenheit beim Besucher herzustellen, als es der Fall ist, wenn „nur“ Gesamtopferzahlen präsentiert werden.

Hervorzuheben sind die Schicksale von Richard Lehmann und Johann Fröhlich sowie von Therese Klostermann. Erstere wurden bei der illegalen Kundgebung auf der Predigtstuhlwiese in Kaltenleutgeben zu Ehren der Opfer des 15. Juli 1927, die am 15. Juli 1934 stattfand, ermordet. Beide waren junge Arbeiter, kamen aus der sozialdemokratischen Jugendbewegung und fielen einem heimtückischen Überfall von Gendarmerie und Liesinger Ortswehr zum Opfer.

Groß war die Freude bei den Veranstaltern, unter den Besuchern Katharina Sasso begrüßen zu können. Sie sammelte

während der NS-Zeit Geld und Lebensmittel, leitete diese an die Angehörigen von Verhafteten oder Hingerichteten weiter, vielfältige und verteilte Flugschriften. Am 21. 8. 1942 wurde sie durch einen Spitzel an die

Liesing. Als Grundlage dienten Archiv und Publikationen des DÖW sowie privat gesammelte Unterlagen und Bilder. Unser Bund sieht seine Aufgaben in einer umfassenden Aufklärungs-, Bildungs- und Öffentlichkeits-



Foto: BfO Liesing

Die Zeitzeugin Katharina Sasso mit dem Gestalter der Ausstellung, Gerald Netzl

Gestapo verraten und verhaftet. Sie kam in das „Hotel Metropol“ am Morzinplatz, danach auf die Roßauer Lände in Einzelhaft, wo sie unzählige Male verhört wurde, anschließend in das Gefängnis Schiffamtsgasse und wurde letztendlich im Jänner 1943 in das Landesgericht I überstellt, wo sich Freunde und Bekannte bereits in den Todeszellen befanden, darunter Therese Klostermann, deren Schicksal in der Ausstellung gezeigt wurde. Im September 1944 wurde Katharina Sasso als „politisch Unverlässliche“ in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück deportiert, wo sie u. a. auf Rosa Jochmann und Erna Musik traf. Bei der Evakuierung des Konzentrationslagers am 28. April 1945 gelang ihr mit einer Freundin die Flucht und sie kehrte in total geschwächtem Zustand am 31. Mai nach Wien zurück.

Zusammengestellt wurde die Ausstellung von den Sozialdemokratischen Freiheitskämpfern

arbeit über die faschistischen Diktaturen und ihre Verbrechen. Bezirksorganisationen, die Ähnliches in ihrem Bereich vorhaben, werden gerne beraten. ■

Gerald Netzl

*) Die vor 1938 niederösterreichischen Gemeinden des Gerichtsbezirkes Liesing, nämlich Atzgersdorf, Breitenfurt, Erlaa, Inzersdorf, Kalksburg, Kaltenleutgeben, Liesing, Mauer, Perchtoldsdorf, Rodaun, Siebenhirten und Vösendorf (sowie darüber hinaus Hadersdorf-Weidlingau, Laab im Walde und Purkersdorf) wurden am 15. Oktober 1938 zum 25. Wiener Gemeindebezirk vereinigt. 1945 verlangten die sowjetischen Befreier, dass diese Regelung rückgängig gemacht werde. Der österreichische Nationalrat beschloss 1946 das Gebietsänderungsgesetz, das erst 1954 (!) in Kraft treten konnte und Liesing als 23. Bezirk in seinen heute gültigen, engeren Grenzen definierte.

Gedenktafel im Happel-Stadion

In der Ehrenhalle des Ernst Happel-Stadions wurde am 13. November 2003 von Bürgermeister Dr. Michael Häupl im Rahmen eines Festaktes eine Gedenktafel enthüllt, die an die Inhaftierung von Wiener Juden im Praterstadion erinnern soll. Vom 9. bis zum 11. September 1939 waren im Zuge einer Verhaftungswelle in Wien über 1000 jüdische Männer überfallsartig festgenommen worden. Die Polizei hatte die Gefangenen wahrscheinlich wegen Überfüllung der Wiener Gefängnisse ins Praterstadion gebracht. Die jüdischen Gefangenen waren in den

Gängen von Sektor B unterhalb der Tribünen inhaftiert. Die meisten von ihnen wurden nach Buchenwald und später auch in andere Lager deportiert, nur 27 erlebten das Ende des Nationalsozialismus und die Befreiung im Jahr 1945. Bürgermeister Häupl betonte in seiner Rede, dass dieses Stadion – eröffnet im Rahmen der Arbeiterolympiade 1931 – in aller Zukunft der Freiheit des Geistes, des Sportes, der Kultur und des Friedens dienen soll. Schon 1998 wurde eine – erfolglose – Initiative auf Anbringung einer Gedenktafel gesetzt... ■

Gerald Netzl

Überleben in der Zeit ohne Gnade

Der Historiker Bernhard Kuschey hat in einem gewaltigen Arbeitsprozess von 15-jähriger Dauer anhand der fast 1.100 Seiten umfassenden biographischen Doppelstudie „Die Ausnahme des Überlebens – Ernst und Hilde Federn“ (Psychosozial-Verlag, Gießen 2003) exemplarisch die Gewaltstrukturen des 20. Jahrhunderts und ihre Auswirkungen auf das Individuum erforscht.

Hilde (geb. 1910) und Ernst Federn (geb. 1914) waren in hohem Maße durch die sozialdemokratische und psychoanalytische Bewegung der Zwischenkriegszeit sozialisiert.

Ernsts Vater Paul Federn zählte zu den Pionieren der Psychoanalyse, war Teilnehmer der Mittwoch-Gesellschaft um Sigmund Freud und sozialdemokratischer Gemeinderat im Roten Wien. Hildes Vater unterhielt einen kleinen Glasereibetrieb. Ebenfalls bereits durch die Familie gesinnungsmäßig sozialdemokratisch geprägt, wurde Hilde Kinderpädagogin und versuchte mit Kindern psychoanalytisch zu arbeiten.

Beide Familien hatten jüdische Vorfahren; gemeinsam war ihnen auch ein weit fortgeschrittener Assimilationsprozess. Erst die nationalsozialistischen Rassegesetze sollten wieder, dann allerdings mit möglichen mörderischen Konsequenzen, aus Ernst Federn einen „Juden“ und aus der damaligen Hilde Paar einen „Mischling ersten Grades“ machen.

Das Paar lernte einander in der Sozialdemokratischen Partei kennen, die vor allem für den jungen Ernst zum Lebensinhalt geworden war. Die Frauenrechtskämpferin, Intellektuelle und sozialdemokratische Abgeordnete Therese Schlesinger, eine Freundin der Familie Federn, bestärkte interessanter-

weise Ernst Federn nach der Katastrophe des Februar 1934 auch in seiner politischen Wendung zum Trotzismus, wiewohl er gleichzeitig weiterhin in der illegalen Bewegung der Revolutionären Sozialisten engagiert tätig blieb. Der austrofaschistische Ständestaat bescherte dem jungen Paar auch erste Erfahrungen mit dem Gefängnis.

Die gesamten sieben Jahre der NS-Herrschaft in Österreich verbrachte Ernst Federn in den

eigenen, deprimierenden Überlebenskampfes in Wien zählt mit zu den berührendsten Abschnitten des Buches. Hildes unermüdliche Versuche um die Entlassung des Partners blieben vergeblich und doch halfen ihre aufopfernde Liebe, regelmäßige Briefe und Versorgungsendungen in das KZ Ernst entscheidend beim Überleben. Neben der seelischen Stütze durch Hilde war es im KZ Buchenwald vor allem Federns Einsatz als

der Ära des Stalinismus zählte er für viele der kommunistischen Mithäftlinge zu den Feinden. Kuschey analysiert ausführlich und beklemmend die Perfidie des KZ-Systems, in dem Funktionshäftlinge (Kapos) für „Ordnung“ zu sorgen hatten. Nachdem anfangs in Buchenwald vor allem kriminelle Häftlinge („Grüne“) solche Funktionen innegehabt hatten, besetzten in der Folge deutsche Kommunisten die Positionen der nachgeordneten Lagerverwaltung. Kuschey schildert auch die in beiderseitigem Interesse gelegene „Kooperation“ von Funktionshäftlingen mit der flüchtigen Lager-SS kurz vor der Befreiung Buchenwalds durch amerikanische Soldaten und entkleidet damit den vor allem in der DDR zur Geschichtslgende gewordenen Mythos eines Häftlingsaufstandes.

Nach der Befreiung heirateten Hilde Paar und Ernst Federn. Die Gefährdung Federns aufgrund seiner bekannten trotzkistischen Vergangenheit im teilweise sowjetisch besetzten Wien und der Wunsch, den Eltern nachzuzugewandern, ließen das Ehepaar in die USA auswandern. Dort arbeitete Federn als psychoanalytisch orientierter Sozialarbeiter, ehe er erst 1972 von Justizminister Broda nach Österreich zurückgerufen wurde, um bei der Humanisierung des Strafvollzugs tätig zu werden.

Bernhard Kuschey's Werk besticht durch die analytische Tiefe und die methodische Vielfalt, mit der er sich seinem Forschungsgegenstand aus historischer, soziologischer und psychoanalytischer Perspektive nähert. Zugleich bleibt die Studie zutiefst menschlich und zeigt auf bewegende Art, wie Ernst und Hilde Federn inmitten der Barbarei ihre Humanität bewahrten. ■

Heimo Gruber



Foto: Kuschey, „Ausnahme des Überlebens“

Das Ehepaar Ernst und Hilde Federn

Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald. Seinen Eltern gelang die Flucht in die USA, während Hilde in Wien verzweifelt um die Freilassung und Ausreise ihres Partners bemüht war. Die Schilderung ihres

Maurer, der den in der Lagergesellschaft als „politischen Juden“ klassifizierten vor der tödlichen Deportation nach Auschwitz bewahrte.

Aber Ernst Federn war nicht nur durch die Nazis bedroht. In

1933: Der Henker wieder in Aktion

11. November – viele Assoziationen gibt es zu diesem Tag. Am 11. um 11.11 Uhr ist Faschingsbeginn. Die Katholiken feiern an diesem Tag das Fest des hl. Martin. Jedoch für viele Österreicher und für die österreichische Sozialdemokratie ist es ein Tag der Bestürztheit, der Tag der Wiedereinführung der Todesstrafe in Österreich im Jahre 1933.

In den Protokollen des Ministerrates der Ersten Republik vom 10. November 1933 findet sich der Bericht über die an diesem Tag unter dem Vorsitz des christlichsozialen Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß stattgefundene Ministerratsitzung. In der Reinschrift des zweifachen Stenogramms sind u. a. unter dem Tagesordnungspunkt 2: „Aufbietung des freiwilligen Schutzkorps“ und unter Punkt 10: „Einführung der Todesstrafe“ angeführt. Beide Anträge werden in der Ministerratssitzung mit Wirkung 11. November 1933 beschlossen. Bei aller Tragik eine Bankrotterklärung des auf Basis des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahre 1917 agierenden christlichsozialen Bundeskanzlers Dr. Dollfuß und seiner Verbündeten.

Seit dem Frühjahr 1933 hatten Dollfuß und seine Gefolgsleute die demokratischen Grundrechte der vor allem von den Sozialdemokraten geschaffenen Republik entfernt. Auf Grund eines Geschäftsordnungsdebakels nützte nämlich die Dollfußregierung die Chance, das Parlament auszuschalten. Die Bundesführung des Österreichischen Heimatschutzes verbreitete damals ein Flugblatt unter dem Titel: „Das Parlament ist tot! Alle krampfhaften und würdelosen Versuche der Roten und ihrer Ver-

bündeten werden es nicht mehr zu neuem Leben erwecken.“ Der Heimatschutz stellte die Forderung, den sozialdemokratischen Wiener Bürgermeister Karl Seitz seines Amtes zu entheben und einen Staatskommissär für Wien einzusetzen. Die Pressezensur war eingeführt, der Republikanische Schutzbund war aufgelöst, das Streikrecht aufgehoben und der Verfassungsgerichtshof war ausgeschaltet, der 1. Mai war den Arbeitern genommen. Der Gebrauch der roten Fahne sowie von roten Flaggen, Standarten und Wimpeln war seit 19. Mai 1933 durch eine eigene Fahnenverordnung ausnahmslos verboten. Die katastrophale Wirtschaftslage führte zu Not und Elend, zu Massenentlassungen und tausenden Selbstmorden unter der verzweifelten Arbeiterschaft. Die christlichsoziale Führung unter Engelbert Dollfuß hatte die Bevölkerung in dieses ausweglose Debakel geführt. Am 3. Oktober 1933 versuchte der offiziell dem christlichsozialen Wehrbund angehörende, aber von den Ideen der NSDAP begeisterte 22-jährige Rudolf Dertil, auf Dollfuß ein Attentat zu verüben, bei dem Dollfuß am Oberarm verletzt wurde.

Für 12. November 1933, den 15. Geburtstag der Republik, war unter dem Motto „Für die Freiheit und Unabhängigkeit der Republik“ von den Sozialdemokraten ein Aufmarsch auf der Ringstraße angemeldet. Versammlungen in geschlossenen Sälen sollten stattfinden, und mit einer Festversammlung im Konzerthaus sollte des 15. Todestages Victor Adlers gedacht werden. Für 13. November war ein Fackelzug zu Ehren von Karl Seitz geplant. Zu dieser Zeit war die dritte

Strophe aus dem „Lied der Republik“: „Herzen flammen, Augen blitzen: Freiheit ist die Republik. Unsr Treue soll sie schützen, unser Weg ist ihr Geschick“ zum Leitgedanken der Sozialdemokratie, der darbdenden Menschen geworden.

Die Regierung Dollfuß nahm den Attentatsversuch vom 3. Oktober zum Anlass, durch Verhängung des Standrechts die Ereignisse des 12. November und die Feiern zum Amtsjubiläum des Wiener Bürgermeisters unter Kontrolle zu halten. Findige Juristen hatten herausgefunden, dass über das Standrecht die mit der Bundesverfassung 1920 abgeschaffte Todesstrafe wieder eingeführt werden könne. Und die Verhängung des Standrechts lag, „wenn Gewalttätigkeiten“ – nach Einschätzung von Kanzler Dollfuß (in seiner Funktion als Innenminister) und Justizminister Schuschnigg – „in besonders Gefahr drohender Weise um sich greifen“, im Ermessen der beiden Regierungsmitglieder.

Die Standrechtsverfahren wurden von einem fünfköpfigen Senat, vier Richtern und einem Staatsanwalt, der seinen Sitz beim Oberlandesgericht Wien hatte und jeweils zum zuständigen Landesgericht anreiste, abgehalten. Die Verfahren dauerten längstens drei Tage. Bei einstimmiger Bejahung des Urteils endeten sie mit dem Todesurteil, gegen das kein Rechtsmittel zulässig war und das innerhalb von drei Stunden vollstreckt werden musste. Die Begnadigung durch den Bundespräsidenten war vorgesehen.

Die zwei ersten Fälle, in denen es um die Todesstrafe ging, erwiesen sich als empörende Klassenjustiz. Der erste Prozess nach dem neuen



Verfahren wurde dem Sohn eines reichen Bauern, Karl Breitwieser, gemacht. Er hatte, mit der Tochter eines Großbauern verlobt, seine von ihm geschwängerte Magd ermordet. Das Standgericht war für die Todesstrafe – jedoch auf Antrag von Kurt Schuschnigg wurde das Urteil in „lebenslanglich“ umgewandelt.

Das zweite Verfahren befasste sich mit Peter Strauß, einem geistig und körperlich behinderten Tagelöhner. Ihm wurde vorgeworfen, einen Heustadel angezündet und einen Sachschaden in der Höhe von 2.500 Schilling verursacht zu haben, weil er vom Besitzer des Hofes verjagt worden war. Von der Gendamerie wurde nie ein anderer Täter in Betracht gezogen, obwohl Indizien für einen versuchten Versicherungsbetrug des Eigentümers vorhanden waren. Das Gericht, an der Wahrheitsfindung nicht wirklich interessiert, verhängte, obwohl niemand verletzt wurde, das Todesurteil. Peter Strauß wurde am 11. Jänner 1934 im Hof des Grazer Landesgerichtes gehängt. Die Regierung Dollfuß hatte ein Exempel statuiert. Ihm sollte wenige Monate später der standrechtliche Mord an den politischen Gegnern folgen. ■

Edith Krisch

Militärjustiz-Opfer rehabilitieren!

Die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer haben sich in mehreren Sitzungen mit der Forderung auf Rehabilitation der Deserteure und anderer Opfer der NS-Militärjustiz befasst und verlangen nun nach der im Parlament stattgefundenen Enquete die rascheste gesetzliche Umsetzung dieser Forderung. Dem Standpunkt des Justizministers Böhmendorfer, dass es ohnehin ein Amnestiegesetz für Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus und für die Freiheit Österreichs gibt,



Am 31. Oktober legt jeweils die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs an den Gedenkstätten in der Krypta des äußeren Burgtores, beim Denkmal für die ermordeten Feuerwehrmänner Am Hof und beim Denkmal am Morzinplatz Kränze nieder. Im Gedenkraum in der Salztorgasse sprach diesmal der Vorsitzende des KZ-Verbandes, Oskar Wiesflecker. Besonders eindrucksvoll bei dieser Feier war die Mitwirkung Erwin Steinhauers (unser Foto), der aus Abschiedsbriefen von zum Tode verurteilten Widerstandskämpfern las.

können wir uns nicht anschließen. Es geht darum, in einer besonderen Kategorie von Opfern des Nationalsozialismus eine Rehabilitation und damit eine gesellschaftliche Anerkennung gegen die bisherige Anprangerung der Deserteure als Verräter von „anständigen“ Soldaten herbeizuführen. Es geht in diesem Falle auch um die Angehörigen von zum Tode Verurteilten, die mit dem Makel einer gesellschaftlichen Verurteilung leben müssen. Da bei einer Enquete sowohl von Präsident Dr. Khol als auch vom 2. Präsidenten Dr. Fischer Verständnis und Unterstützung für die Rehabilitierungsaktion signalisiert und eine umfangreiche wissenschaftliche Arbeit von Dr. Manoschek präsentiert wurde, ist es nun hoch an der Zeit, dass die parlamentarischen Klubs eine Gesetzesinitiative ergreifen.

Ernst Nedwed

Bezirksgruppe Ottakring wieder aktiv

Im April konstituierte sich nach einigen personalbedingten Schwierigkeiten die Bezirksgruppe der Freiheitskämpfer Ottakring, unter der Leitung von Landesvorstandsmitglied Willy Wagner, neu. Bei der ersten Zusammenkunft waren die Bezirkssekretärin, Gemeinderätin Nurten Yilmaz, und der Landesvorsitzende der Freiheitskämpfer, Ernst Nedwed, anwesend. In der Zwischenzeit hat die Bezirksgruppe eine Fahrt in das ehemalige NS-Euthanasielager Hartheim veranstaltet. Im November fand bereits eine größere Versammlung im Sekretariat am Schumeierplatz statt, bei der Hubert Pfoch über die NS-Pogromnacht am 9. November 1938 in Ottakring berichtete. Zu dieser Veranstaltung sind einige jüngere Mitglieder, Bildungsfunktionäre, ehemalige Widerstandskämpfer und aus dem Deutschen Reich geflüchtete Opfer des Nationalsozialismus

gekommen, so Dr. Susanne und Ing. Wolfgang Bock. Von Susanne Bock stammt das Buch „Mit dem Koffer in der Hand“, wo sie über das Emigrantenschicksal einer sozialdemokratischen Jugendlichen in Großbritannien und einigen anderen Ländern berichtet. Ein weiteres Buch von Dr. Susanne Bock wird demnächst erscheinen. Im Februar wird in der Bezirksgruppe Ottakring eine Generalversammlung mit der Wahl eines neuen Vorstandes stattfinden.



Dr. Susanne und Wolfgang Bock

Wir gratulieren

Zum 101. Geburtstag: Leopoldine Pfeiffer, Groß Siegharts. **100. Geburtstag:** Franz Pfannhauer, Wiener Neustadt. **99. Geburtstag:** Rudolf Zwieauer, Wien. **98. Geburtstag:** Elisabeth Schmutzenhofer, Anton Zacek, Wien. **97. Geburtstag:** Maria Eineder, Wien. **96. Geburtstag:** Maria Dexinger, Wien. **95. Geburtstag:** Maria Meerkatz, Hohe Wand-Stollhof; Johann Keller, Wien. **94. Geburtstag:** Maria Gaisrucker, Kreszentia Mayer, Kapfenberg; Emmerich Dutter, Neunkirchen; Maria Gindl, Wiener Neustadt. **93. Geburtstag:** LAbg. a. D. Viktor Schneider, Petronell; Hermine Klösch, St. Pölten; Christine Tischler, Wien. **92. Geburtstag:** Franz Priewasser, Kirchbichl; Anna Pompe, Korneuburg; Berta Bäck, Steyr; Hubert Feilnreiter, Margarete Rohm, Wien. **91. Geburtstag:** Gunther Lieder, Innsbruck; Dr. Georg Jungwirth, Linz; Wilhelmine Ganisl, Salzburg; Rudolf Frank, Anna Klinke, Helene Kriz, Franz Lukasch, Johanna Sentall, Prof. Erwin Weiss, Gerda Zimbelius, Wien. **90. Geburtstag:** Anton Schächli, Innsbruck; Amalia Weichselbaum, Kammern; Othmar Müller, Möllbrücke; Josef Horvath, Friedrich Tringler, Anton Preininger, Wien. **85. Geburtstag:** Valerie Griesmayer, Baden; Stefanie Friesenecker, Kittsee; Rosa Dietrich, Riegersburg; Prof. Georg Kopp, Salzburg; Wilhelm Gaida, Heinrich Müller, Maria Szöllösi, Wien. **80. Geburtstag:** Rudolf Schilhan, Gänserndorf; Gertrude Brunner, Kapfenberg; Herbert Eisenhut, Leoben; Maria Abel, Linz; Ernst Cilek, Karoline Fesl, Herta Kratzer, Luise Seitler, Gertrude Wald, Leopoldine Weissenberg, Wien. **75. Geburtstag:** Maria Mayr, Linz; KR Ing. Heinz Tobisch, Neulengbach; Josef Wohlwendt, Rannersdorf; Ingeborg Hobbiger, Schrems; StR a. D. Friedrich Pfertner, Schwechat; Trude Lengauer, St. Pölten; BV-Stv. a. D. Johann Gmoser, Walter Haushofer, Franz Horvath, Harry Kiefer, Karl Lausecker, Arthur Marek, Gertrude Plotzer, Kurt Strobl, Ilse Wagner, Wien.

Ein Leben für Freiheit und Toleranz

Das war der Titel der Einladung zu einer Geburtstagsfeier für Leo Kuhn anlässlich der Vollendung seines 95. Lebensjahres. Eingeladen hatten das „Mauthausenkomitee Österreich“, die „Österreichische Lagergemeinschaft Mauthausen“ und seine Familie. Der Einladung folgten zahlreiche Mitkämpfer und Leidensgenossen von Leo Kuhn.

Leo Kuhn ist ein Symbol des Widerstandes gegen die Nazi-herrschaft, unter der er unvorstellbare Leiden zu ertragen hatte. Wie kam es dazu?

Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht im März 1938, das ist nicht zu leugnen, kam es zu Massenkundgebungen, in denen der „Anschluss“ und die Reden Adolf Hitlers in Linz und Wien, vor allem auf dem Heldenplatz, begrüßt wurden. Aber schon damals gab es Frauen und Männer, die diesen Anschluss Österreichs an Deutschland ablehnten und in Flugblättern vor der Nazidiktatur und dem „Braunen Polizeiparagrafen“ warnen. Zu diesen Menschen zählte auch Leo Kuhn. Diese Aktionen dauerten nicht lange. Schon am 15. November 1938 wurden Leo Kuhn und seine Freunde verhaftet. Leo Kuhn kam zunächst in das Hauptquartier der Gestapo im Hotel Metropol am Morzinplatz, wurde dort verhört und gefoltert. Der nächste Weg führte ihn in das Polizeigefangenenhaus, in dem er über sechs Monate verbrachte. Leo Kuhn rechnete mit einer Gerichtsverhandlung in Wien. Aber es kam anders. Nicht in Österreich wurde ihm ein Prozess gemacht, sondern in Berlin. Das Urteil lautete auf acht Jahre Zuchthaus.

Die Strafe sollte er in Stein an der Donau absitzen. Vom Zuchthaus Stein kam er in das Arbeitslager Moosbierbaum an der Donau. Nach dem Scheitern eines Fluchtversuches im Jänner 1945 fielen Leo Kuhn und

die KZ-Häftlinge geweckt und nach Attnang-Puchheim gebracht, wo sie bis zum Einbruch der Dunkelheit arbeiten mussten. Leo Kuhn hatte Glück, dass er auf dem Rücktransport ins Lager, trotz aller

Erschöpfung, nie zusammenbrach. Denn jene, denen das passierte, wurden getötet.

Leo Kuhn war inzwischen schon schrecklich abgemagert, denn zum Essen bekamen die Häftlinge Nahrung ohne Nährwert, wie zum Beispiel gekochte Erdäpfelschalen mit heißem Wasser. Drei Tage vor der Befreiung des Lagers brach Leo Kuhn zusammen. „Man hat mir Fußtritte gegeben und mich dann in ein so genanntes Krankenzimmer geschleppt, wo es keine Betten oder Sonstiges mehr gab. Es herrschten dort katastrophale Zustände. Sie warfen mich einfach auf den Boden, wo ich dann einige Tage bewusstlos liegen blieb“.



Ehemalige Gestapo-Häftlinge Leo Kuhn und Alfred Ströer

weitere Mithäftlinge erneut in die Hände der Gestapo, Leitstelle St. Pölten. Nach längeren Verhören folgte am 9. März 1945 seine Einlieferung in das Konzentrationslager Mauthausen. Dort sollte er sterben. Jedoch mit Hilfe anderer Häftlinge kam Leo Kuhn unter dem Verdacht einer Typhus- und Ruhrkrankheit in die Isolierbaracke des Lagers. Kurz darauf wurde die SS von seinem Tode informiert. In Wirklichkeit bekam er den Namen eines tatsächlich verstorbenen Häftlings. Für die SS war Leo Kuhn gestorben. Er erhielt nicht nur den Namen des Verstorbenen, aus Leo Kuhn wurde ein Robert Litterer mit der Häftlingsnummer 128.531. Leo Kuhn kam nun als Robert Litterer in das Nebenlager Ebensee.

Am 21. April 1945 wurde der Bahnknotenpunkt Attnang-Puchheim durch einen alliierten Luftangriff großteils zerstört. Die Schäden mussten rasch behoben werden und deshalb wurden die Häftlinge aus dem Nebenlager angefordert. Jeden Tag um vier Uhr früh wurden

Leo Kuhns Tag der Befreiung

Das Lager Ebensee wurde am 6. Mai 1945 befreit, Leo Kuhn hatte diesen Tag am Rande des Todes in tiefer Bewusstlosigkeit zugebracht. Als er zwei Tage nach der Befreiung wieder zu sich kam, versuchte er auf allen vieren aus dem Lager zu kriechen, um so rasch wie möglich von diesem Ort des Schreckens wegzukommen. Damals wog er nur mehr 36 kg. Völlig außer Kräften brach er unterwegs wieder zusammen, wo ihn eine Ebenseer Bauernfamilie fand, die ihn bei sich aufnahm. Zu seinem großen Glück haben sie ihm nur Ziegenmilch gegeben, damit er wieder zu Kräften kam. Hätten sie ihm Kuhmilch gegeben, wäre das sein Tod gewesen. Leo Kuhn überlebte und stellte sich nach Ende des Krieges für Vorträge über die Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus zur Verfügung. Bis zum Jahre 2002 führte er zahlreiche Schulklassen durch das Vernichtungslager Maut-

hausen. Er wollte vor allem jungen Menschen zeigen, welche schrecklichen Zustände damals herrschten und seinen Teil dazu beitragen, dass sich solche Verhältnisse nie mehr wiederholen. Am glücklichsten ist er, wenn er von den jungen Menschen und den Lehrpersonen, die er durch Mauthausen begleitet hatte, Dank, Anerkennung und Hochachtung in Worten und in zahlreichen Briefen erhält. Auch seine Leidensgenossen danken Freund Kuhn für seine lebenslange Freundschaft, denn ohne Freundschaft gibt es kein Leben.

P. S.: Der Beitrag stützt sich auf eine ausführliche Arbeit über Leo Kuhn, die die Schülerin Birgit Friedler nach einer Führung durch Mauthausen niederschrieb. ■

Alfred Ströer

Der Verfasser dieses Beitrages verbrachte sechs Monate mit Leo Kuhn, wie er als Häftling der Gestapo, in einer Zelle.



Ein neues Mahnmal in Simmering

In der Braunhubergasse in Wien-Simmering wurde jüngst ein Mahnmal eingeweiht, das an die Zerstörung der dortigen Synagoge im Jahre 1938 erinnert. Es ist ein Werk des engagierten Meisters der Wiener städtischen Steinmetzwerkstätte Leopold Grausam, dem wir schon mehrere antifaschistische Mahnmale verdanken – z. B. das Mahnmal für die Opfer der Gestapo auf dem Morzinplatz oder seinen Entwurf für das Grabdenkmal für die Februarkämpfer des Jahres 1934 auf dem Wiener Zentralfriedhof. Den Antrag zur Errichtung eines Gedenksteinnes stellte der damalige sozialdemokratische Bezirksrat Reinhard Todt, der in der Folge von der Simmeringer Bezirksvertretung einstimmig angenommen wurde. Die sich lange hinziehenden Bemühungen um die Anbringung einer Gedenktafel auf dem Wohnhaus, welches auf dem Grundstück der ehemaligen Synagoge steht, wurden immer wieder abgelehnt, auch aus Angst vor antisemitischen Schmierereien. Am 9. November 2003 konnte nun das Mahnmal in der Parkanlage der Volksschule Braunhubergasse enthüllt werden.

Die nicht gerade mit Wohlstand ausgestattete jüdische Gemeinde Simmerings erbaute auf Braunhubergasse 7 ihre Synagoge. Am 2. Dezember 1898 erfolgte die Grundsteinlegung und am 24. August 1899 wurde die vom Architekten Jakob Gartner geplante und vom Stadtbaumeister Edmund Melcher erbaute Synagoge feierlich eingeweiht. Sie bildete bis zum Novemberpogrom 1938 den Mittelpunkt des jüdischen Lebens in Simmering. So wurde etwa am 27. September 1933 in der Synagoge eine Gedenktafel für sieben im Ersten Weltkrieg gefallene

Simmeringer Juden von der Ortsgruppe XI des Bundes jüdischer Frontsoldaten Österreichs enthüllt. Im Februar 1936 erstattete dieser Bund Anzeige wegen einer Störung des Gottesdienstes in der Synagoge an die Leitung der Ostmärkischen Sturmsharen (Schuschniggs Wehrformation), damit die Täter eruiert würden.

Über die jüdische Gemeinde Simmerings brach nach dem März 1938 mit furchtbarer Gewalt der nationalsozialistische Rassenwahn herein. Bereits im April 1938 beschlagnahmte die Simmeringer Polizei religiöse Kultgegenstände, etwa silberne Thorakronen, aus der Simmeringer Synagoge beim letzten Obmann des „Israelitischen Tempelvereines Simmering“ Naftali Peringer. Sie blieben bis heute spurlos verschwunden. Im November 1938 wüteten die Nationalsozialisten, allen voran die SS-Standarte 89 in Simmering nicht nur in der Braunhubergasse, sondern auch auf dem Zentralfriedhof. In einem Bericht, gezeichnet vom SS-Obersturmführer und Adjutanten H. Riegler, heißt es, dass von den Einheiten der 89. SS-Standarte (schon durch den Juliputschversuch 1934 unruhlich bekannt) am 10. November 1938 von 4 Uhr früh bis 18 Uhr abends so genannte „Sühne-maßnahmen gegen Juden“ durchgeführt wurden. Im Klartext heißt es, dass diese SSler in blinder Zerstörungswut und in aller Öffentlichkeit die Synagoge in der Braunhubergasse 7 zerstört haben.

Vom 2. bis zum 18. Bezirk zog sich an diesem Tag die Verwüstungsspur der Einheiten der SS-Standarte 89. In dieser fürchterlichen Nacht wurden Juden ermordet, festgenommen, aus ihren Synagogen

loderten Flammen, ihre Geschäfte und Wohnungen wurden demoliert und geplündert. Ein Erfahrungsbericht des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS – SD Unterabschnitt Wien stellte über diese Ausschreitungen Folgendes, verblüffend offen, fest: „Die Zerstörung der Tempel und Bethäuser erfolgte in Wien in den meisten Fällen durch Werfen von Handgranaten im Innern der Tempel und durch Anzünden des Mobilars derselben ... Auf besonders gute Tarnung legte man scheinbar keinen Wert. Der unbefangene Beobachter hatte sofort den Eindruck, dass es sich hier um befohlene und organisierte Aktionen handelte.“

Die Kultusgemeinde verzichtete 1952 in einem Vergleich mit einem Bauunternehmer auf die Rückstellung des Grundstückes. Es sollten jedoch noch 51 Jahre vergehen, ehe endlich ein Erinnerungszeichen gesetzt werden konnte. Bei der Gedenkfeier ergriffen Bezirksvorsteherin Renate Angerer, Herbert Exenberger und die evangelische Pfarrerin Lydia Burchhardt das Wort, Kantor Alexander Lerner mit „El Male Rachamin“ und die Musikgruppe Gojim sorgten für die künstlerische Umrahmung. Das Mahnmal trägt folgende Inschrift: „Zuerst zerstörten sie die Gebäude, dann töteten sie die Menschen. Hier gegenüber – Braunhubergasse 7 – stand eine 1898/99 nach Plänen des Architekten Jakob Gartner erbaute Synagoge, die in der ‚Reichskristallnacht‘ am 10. November 1938 von den Nationalsozialisten zerstört wurde. Niemals vergessen. Die Simmeringer Bezirksvertretung.“

Herbert Exenberger

Als

Im März 1938, sofort mit dem Einmarsch der Hitlertruppen in Österreich, hatte der Leidensweg der jüdischen Bürger auch hier begonnen. Im Deutschen Reich waren schon nach Hitlers Machtergreifung die Bürgerrechte der Juden eingeschränkt worden und die Nürnberger „Blutschutzgesetze“, die Ehen zwischen Juden und Nichtjuden (so genannten „Ariern“) verboten, machten den Rassenwahn zur staatlichen Maxime. Der „Anschluss“ Österreichs brachte eine beträchtliche Verschlechterung in der Behandlung der Juden mit sich. Der radikale Antisemitismus, nicht nur von den Nazis, sondern auch schon von den Christlichsozialen als Mittel der politischen Agitation (vor allem auch gegen die Sozialdemokraten) angeheizt, führte schon in den Märztagen in Wien und anderen Städten Österreichs zu Pogromen. Die Wiener Ausgabe des „Völkischen Beobachters“, des Parteiorgans der NSDAP, gab die zynische Parole aus: „Der Jud' muß weg – sein Gerschl bleibt da!“ Das Ausmaß der damals auf Österreich beschränkten Judenhatz, an der sich keineswegs nur fanatische Nazis beteiligten, überraschte sogar die reichsdeutschen Funktionäre. Die oft gewaltsamen Enteignungen – als „wilde Arierungen“ bezeichnet –, die Plünderungen jüdischer Geschäfte, die Besetzung jüdischer Wohnungen, verbunden mit einer Welle schrecklicher Demütigungen, mussten schließlich von „oben“ gebremst werden – nicht aus Menschenliebe, sondern aus Sorge um die Werte, die dem Staat und der Partei entgingen.

In den Folgemonaten verließen viele, vor allem die

die Tempel brannten

wohlhabenderen der bis dahin rund 200.000 jüdischen Bürger Österreichs das Land; sie mussten dies oft unter Zurücklassung ihrer Habe, unter Aufgabe ihres Besitzes zu erpresserischen Preisen und gegen Entrichtung von den belastenden Abgaben einer „Reichsfluchtsteuer“ tun. Die Ereignisse in Österreich waren für Hitler auch Ansporn, die antijüdischen Maßnahmen im so genannten „Altreich“ zu verschärfen und die Juden völlig aus dem Wirtschaftsleben auszuschalten. Die internationale Kritik an diesen Vorgängen brachte die Naziführung in Verlegenheit. Deshalb musste es dem Judenhasser Hitler geradezu als Glücksfall erscheinen, als ein junger polnischer Jude, Herschel Grynszpan, am 7. November 1938 in Paris auf den deutschen Gesandtschaftsrat Ernst vom Rath schoss. Er tat dies aus Protest dagegen, dass die Nazis seine Familie mit Tausenden anderen Juden mit polnischer Staatsbürgerschaft in das Niemandsland zwischen den beiden Ländern abgeschoben hatten.

Zwei Tage nach dem Attentat starb vom Rath an dessen Folgen. Es war der 9. November. An diesem Tag kamen die obersten Naziführer alljährlich zu einer Gedenkkundgebung an den gescheiterten Hitlerputsch von 1923 in München zusammen. Bei einem Abendessen überbrachte ein Bote dem „Führer“ die geflüsterte Nachricht vom Tod des Diplomaten. Hitler, so wurde beobachtet, sprach darauf für längere Zeit leise und eindringlich mit seinem Propagandaminister Goebbels. Dann verließ er den Saal, ohne die sonst übliche Ansprache gehalten zu haben. Goebbels hielt eine antisemi-

tische Rede, in der er ankündigte, dass sich nun der „Volkszorn“ nicht von „Vergeltung“ würde abhalten lassen. Danach ergingen mündliche Weisungen an alle Parteinstanzen, die im ganzen Reich zum Pogrom aufriefen, wobei allerdings die Partei nicht als Urheber in Erscheinung treten sollte. Die Gestapo gab die Weisung aus: „Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland

in „Räuberzivil“, um den Weisungen gemäß einen spontanen „Volkszorn“ vorzutauschen. Alle jüdischen Gotteshäuser – 61 Bethäuser und 14 Synagogen – wurden durch Brandlegung oder Sprengung zerstört. Lediglich der Tempel in der Seitenstettengasse wurde auf Weisung von Gauleiter Bürckel wegen der Brandgefahr für die umliegenden Innenstadthäuser verschont.



Foto: Jüdisches Museum Wien

Die zerstörte Synagoge in der Pazmanitengasse, Wien-Leopoldstadt

Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen, stattfinden. Sie sind nicht zu stören.“ In Wien wurde dies durch die Anordnung ergänzt, dass die Feuerwehr nur eingreifen dürfe, wenn „deutsches Leben oder Eigentum“ gefährdet erschienen. Und weiter: „Die Polizei hat so viele Juden festzunehmen, als in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können.“

In Wien waren SA, SS, die NSDAP-Organisation und vereinzelt auch Hitlerjugend ab 3 Uhr früh „im Einsatz“. Die Nazis traten dabei nicht in Uniformen auf, sondern zumeist

Hand in Hand mit der Vernichtung der Tempel begann eine Orgie der Gewalt und des Raubes, die jüdische Geschäfte und Wohnungen zum Ziel hatte. Der Mob plünderte und zerstörte, Juden wurden geschlagen und gequält, allein in Wien wurden 27 Juden ermordet (angesichts der insgesamt im Verlauf des Pogroms im ganzen Reich getöteten 91 Personen eine relativ hohe Zahl). 6.547 Wiener Juden wurden verhaftet und zumeist in das Konzentrationslager Dachau deportiert. Erneut, wie im März, erreichte die Selbstmordwelle unter der jüdischen Bevölkerung einen Höchststand.

Auch in vielen anderen Städten der „Ostmark“, unter anderem in Berndorf, Baden, Vöslau, St. Pölten und Krems, kam es zu Pogromen, ebenso in Klagenfurt, Linz, Graz und Salzburg; nur in Vorarlberg gab es keine Gewaltakte. In Eisenstadt schlugen die Nazis im Tempel alles kurz und klein und zerstörten die Judensiedlung. Besonders arg wüteten die Judenverfolger in Innsbruck. Nicht nur die Synagoge wurde zerstört, auch sämtliche Wohnungen jüdischer Mitbürger wurden verwüstet. Der Vorstand der Kultusgemeinde, Richard Berger, und zwei andere Juden wurden brutal ermordet. Für die Verbrechen, selbst für die Morde, wurden die Schuldigen nicht zur Verantwortung gezogen. Bezeichnend für das Denken der Naziführung: Lediglich zwei SA-Leute, die ein jüdisches Mädchen vergewaltigt hatten, wurden wegen „Rassenschande“ bestraft. Im Nazijargon wurde der Pogrom zur „Reichskristallnacht“ – als ob nur Glas zerschlagen worden wäre.

Den hinterhältigen Schlusspunkt zum Pogrom setzte der Wirtschaftsdiktator Göring. Die Juden mussten nicht nur die Kosten für die „Wiederherstellung des Straßenbildes“ aufbringen, es wurde ihnen auch eine Kontribution von einer Milliarde Mark als „Sühne“ für Grynszpans Attentat auferlegt.

All das war nur ein Vorspiel für den im Krieg gefassten Beschluss, die Juden Europas, soweit sie sich nicht durch Flucht retten konnten, in den Vernichtungslagern auszu-

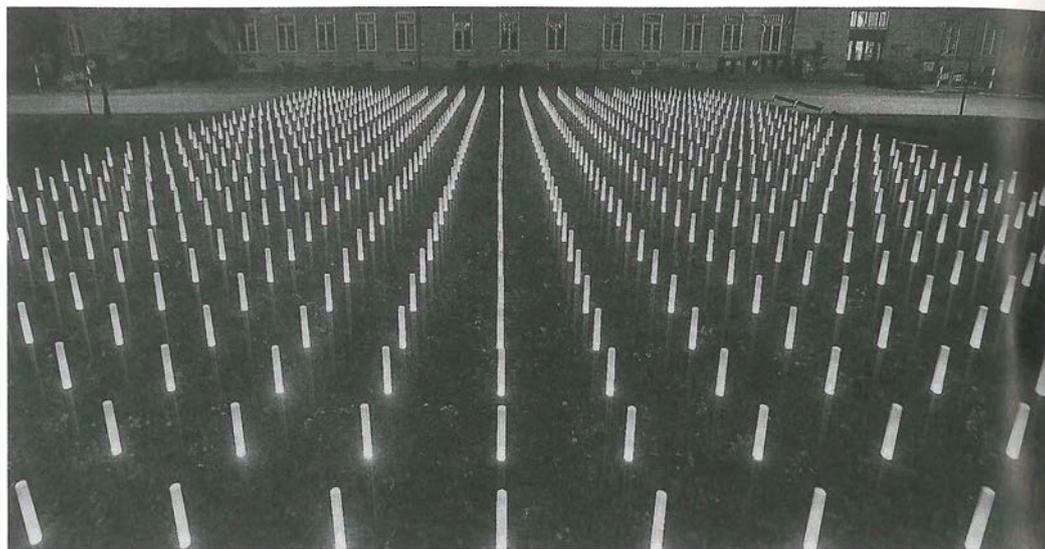
Manfred Scheuch

Vandalenakt in der SPÖ Margareten

In der Nacht des 14. November 2003 drangen unbekannte Täter in das Gebäude der SPÖ-Bezirksorganisation Margareten ein, beschädigten Mobiliar, stahlen Kommunikationsgeräte und hinterließen auf einer Tür ein Hakenkreuz. „Diese Tat zeigt, dass es in unserer Gesellschaft nach wie vor Menschen gibt, die dem nationalsozialistischen Gedankengut verhaftet sind“, kommentierte Landespartei sekretär Harry Kopietz das Vorkommnis. „Für uns ein trauriges Zeichen, dass unsere Aufklärungsarbeit keineswegs abgeschlossen ist und weiter verstärkt werden muss.“

Aus dem Gemeindebau vertrieben

Im Beisein von Frau Edith Schönherz als einer der Vertriebenen fand am 27. November eine Gedenktafelenthüllung im Wiener Karl-Marx-Hof statt. Edith war acht Jahre alt, als sie mit der Familie von der Stiege 11, Tür 8 weg musste: 1938/39 wurde der Karl-Marx-Hof von den Nationalsozialisten „arisiert“. 66 Familien, darunter vor allem Juden, mussten den Gemeindebau verlassen. Von den vertriebenen Menschen wurden später 29 in den Konzentrationslagern ermordet. Die Gedenktafel erinnert an diese Opfer. Der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Ariel Muzicant dankte Prof. Rudolf Sarközi, der hier sowohl für den Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer als auch für den Kulturverein österreichischer Roma die Initiative für die Tafel ergriffen hatte. Der Wiener Landtagspräsident Johann Hatzl sagte, mit der Gedenktafel werde der Opfer gedacht, deren einziger „Verfehlungsgrund“ es war, „Nichtarier“ zu sein.



772 Lichter am Spiegelgrund

Am 28. November 2003 wurde im Rahmen einer Gedenkfeier im „Sozialmedizinischen Zentrum Baumgartner Höhe – Otto Wagner Spital“ das dort errichtete Mahnmal für die Opfer vom Spiegelgrund der Öffentlichkeit vorgestellt.

Auf dem Grünareal vor dem „Jugendstiltheater“ erinnern nun 772 Licht-Stelen an 772 ermordete Kinder und Jugendliche, die in den Jahren 1940 bis 1945

in der nationalsozialistischen Euthanasie-Anstalt „Am Spiegelgrund“ ihr Leben lassen mussten. Jede der rund 80 cm hohen Metallsäulen besitzt am oberen Ende einen Lichtpunkt. Die Beleuchtung der Stelen wird jeweils mit Einbruch der Dämmerung aktiviert. Die starre Anordnung dieser Säulen symbolisiert die einstige Situation der „Kinder vom Spiegelgrund“ und macht deren Entzug jeglicher Freiheit deutlich.

Die Errichtung des Mahnmals war, wie die Bezirksvorsteherin von Wien-Penzing, Andrea Kalchbrenner, ausführte, von der Bezirksvertretung einstimmig beschlossen worden. Die Jury wählte aus dem für das Projekt veranstalteten Wettbewerb die Arbeit einer (damaligen) Schülerin der Höheren Graphischen Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt Leyserstraße aus. ■

Mahnmal in Klagenfurt-Annabichl

Seit seinem Entstehen im Jahre 2000 erarbeitet der Vorstand von Memorial Kärnten/Koroska Grundlagen zur regionalen Erinnerungskultur. Zum Nationalfeiertag wurden erste Ergebnisse der so genannten Namensforschung, die von der Plattform seit drei Jahren durchgeführt werden, der Öffentlichkeit präsentiert.

In Kärnten hat es lediglich während dreier Phasen nachhaltiger Ansätze gegeben, um eine öffentliche Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus zu ermöglichen. Zunächst in den ersten Nachkriegsjahren im Rahmen der Wiederherstellung der Rechtsordnung der

Republik Österreich unter Einflussnahme der britischen Besatzungsmacht. Ein zweites Mal 1965 – angeregt und getragen vom damaligen Landeshauptmann Ferdinand Wedenig – mit dem so genannten Mahnmal-Komitee. Mit der Gründung der Plattform Memorial Kärnten/Koroska (MKK), an der unsere Freiheitskämpfer führend beteiligt sind, entstanden auch Überlegungen zu einer neuen Gedenkkultur an die NS-Opfer in Kärnten.

Die Intention von MKK besteht vorrangig darin, die bestehende Landesgedenkstätte an die Opfer für ein freies Österreich als Kunstwerk dauerhaft

zu erhalten und mit einem ebenfalls künstlerisch gestalteten Namensteil zu erweitern. Diese Intention wird unter anderem auch durch den Bundespräsidenten unterstützt, betont MKK-Vorsitzender Prof. Vinzenz Jobst.

Die Bemühungen um dieses Anliegen gestalten sich etwas zögerlich und mühsam, aber nicht erfolglos. Am Nationalfeiertag wurde das temporäre Mahnmal mit 1.000 Namen in Klagenfurt-Annabichl feierlich enthüllt. Etwa 170 Personen nahmen an dieser Gedenkveranstaltung teil, die durch verschiedene Programmpunkte kulturell ausgestaltet wurde. ■

Kein Vertriebenenzentrum in Berlin

Das Schicksal von Vertriebenen, die ihre Heimat verloren haben, ist tragisch und bedauerlich – ganz gleich wo es erfolgt und wer es verursacht hat. Allerdings eine Denkweise, die sagt: „Wir Deutschen haben die Juden vertrieben und einen größeren Teil in den Konzentrationslagern ausgerottet, aber andererseits wurden auch wir Deutschen von unserem Grund und Boden vertrieben“, ist ein Vergleich, mit der die Relativierung der Naziverbrechen beginnt. Denn eine Aufrechnung ist angesichts der Ursachen und der Auslöser dieser Verbrechen, die knapp nach der Machtergreifung der Nazis im Jahre 1933 begonnen haben, so nicht statthaft.

Wer damals in den politischen, religiösen und gewerkschaftlichen Gruppen so exponiert war, dass er entweder unter „Schutzhaft“ genommen wurde oder vielleicht vorher noch das Land verlassen konnte, gehörte zu den ersten Opfern von Vernichtungs- und Vertreibungsaktionen. Man soll auch nicht vergessen, dass zum Beispiel im Jahre 1938 in Österreich Tausende von Gegnern der Nazis, von Juden und Angehörigen „missliebiger“ Gruppen von der Gestapo verhaftet wurden. Aber noch mehr Österreicherinnen und Österreicher wurden durch die Rassengesetze der Nationalsozialisten aus der Heimat vertrieben. Als nach der Zerschlagung der CSR, im Herbst 1938, Hitlertruppen im Sudetenland einzogen, mussten tausende deutsche Sozialdemokraten, die sich bis zuletzt gegen die Machtergreifung der Nazis gewehrt hatten, das Land verlassen. Sie gingen meist den Umweg über Prag nach England und Kanada in die politische Emigration. Außerdem wurden viele Juden und Tschechen aus dem

Sudetenland vertrieben. Eine weitere Vertreibung in einer anderen Art fand in Südtirol statt. Dort einigte sich Hitler mit Mussolini darauf, dass die deutschsprachige Volksgruppe in Südtirol ihre Heimat verlässt und in die von den Deutschen besetzten Ostgebiete übersiedelt wird. Hier wurde vor allem mit dem psychologischen Druck der Nazipropagandisten gearbeitet. Weitere Bevölkerungsverschiebungen fanden im Osten und Südosten Europas statt. Ausgangspunkt waren immer die rassen- und volkspolitischen Wahnvorstellungen der Nationalsozialisten, welche die Welt nach ihren krausen Ideen verändern wollten.

Dass es im Jahre 1945 zu noch viel größeren Vertreibungen, nämlich der Deutschen, gekommen ist, war für die Betroffenen eine Katastrophe. Ursache hierfür waren u. a. die zunehmende Brutalisierung des Krieges und der NS-Vernichtungsaktionen in den letzten Monaten, aber vor allem die Beschlüsse der Alliierten für eine neue Nachkriegsordnung.

Nunmehr hat der Deutsche Bund der Vertriebenen die Forderung erhoben, in Berlin ein eu-



Foto: aus Scheuch, „Historischer Atlas Deutschland“

Auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 beschlossen die Vertreter der drei Großmächte (Stalin für die Sowjetunion, Truman für die USA, Churchill – später Attlee – für Großbritannien) die Aussiedlung der Deutschen aus den Polen zugeschlagenen ehemals deutschen Ostgebieten, aus der Tschechoslowakei und aus anderen Ländern des Ostens

ropäisches Zentrum über Vertreibungen zu schaffen. Gegen einen Sitz dieses Zentrums in Berlin haben viele Opfer des Nationalsozialismus Stellung genommen. Auch offizielle polnische Regierungsvertreter haben eine solche Absicht scharf verurteilt. Mit dem Sitz in Berlin käme eine Art Aufrechnung zustande, die das Verbrechen des Holocaust in einer unannehmbaren Weise relativieren würde. Die deutsche Bundesregierung hat bisher die Forde-

rung nach Schaffung eines solchen Zentrums abgelehnt und es gibt wenig politische Kräfte außerhalb der Vertriebenenorganisationen, die sich für eine solche Institution in Berlin einsetzen. Eine Ausnahme ist der bekannte bayerische Sozialdemokrat Peter Glotz, der vor kurzem ein sehr interessantes und durch viele Materialien fundiertes Buch unter dem Titel „Die Vertreibung“ herausgebracht hat. ■

Ernst Nedwed

Zum 70. Jahrestag des 12. Februar 1934: Zentrales Gedenken im Karl-Marx-Hof

Das Jahr 1934 war ein Schicksalsjahr für Österreich und für die österreichische Sozialdemokratie. Sozialdemokratische Kämpfer leisteten als Erste in Europa bewaffneten Widerstand gegen den Faschismus. Die Ereignisse um den 12. Februar jähren sich 2004 zum 70. Mal. Dies wird Anlass zu vielen Gedenkveranstaltungen und Publikationen in den Medien sein.

Die Wiener SPÖ, die SPÖ Döbling, die Wiener SPÖ-Bildung und der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer veranstalten am Donnerstag, dem 12. Februar 2004, um 17.00 Uhr, in Wien 19, Heiligenstädter Straße, eine zentrale Gedenkkundgebung. Bei der Veranstaltung sprechen GR Franz Ekkamp, Vorsitzender der SPÖ Döbling, Abg. z. NR a. D. Prof. Alfred

Ströer, Bundesvorsitzender der Freiheitskämpfer, Bürgermeister Dr. Michael Häupl und Bundesparteivorsitzender Dr. Alfred Gusenbauer. Die Kundgebung findet bei jedem Wetter statt.

Eine Reihe von Veranstaltungen wird in den Bundesländern, in den Bezirken und den sozialdemokratischen Organisationen vorbereitet. ■

Josef Wicher – unermüdlicher Helfer

Der am 1. August 1930 geborene Josef Wicher wurde schon von seinem Vater, der als Widerstandskämpfer im Februar 1934 nur knapp einer Hinrichtung durch das Standgericht entging, im antifaschistischen Sinne erzogen. Das Bestreben, faschistischen Strömungen schon in seinen Ansätzen Widerstand entgegenzusetzen und bewusst politisch Stellung zu beziehen, prägte Josef Wichers weiteres Leben. Aber auch das Gedenken an alle jene, die Opfer des Faschismus geworden waren, hielt er stets aufrecht.

In seiner Jugend, die in den Zweiten Weltkrieg und die Zeit des nationalsozialistischen Regimes fiel, arbeitete Josef Wicher als Werkstudent in den Heinkelwerken am Fliegerhorst. Mit

14 ½ Jahren wurde er zum so genannten „Volkssturm“, bei dem Hitler auch die Jüngsten noch für den sinnlosen Krieg heranzog, einberufen.

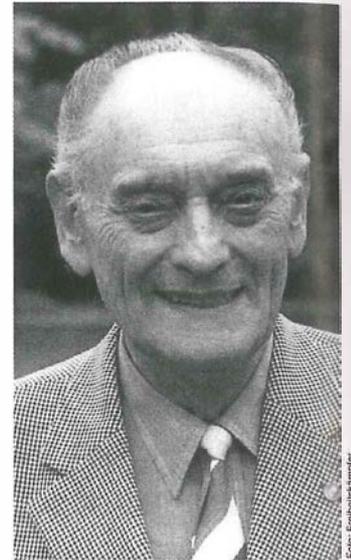
Nach dem Krieg begann Josef Wicher eine Lehre als Schlosser und war nach seiner Gesellenprüfung hauptsächlich als Monteur tätig. Zu Beginn der 1960er Jahre nahm er wieder sein Studium auf und machte 1964 seinen Abschluss als Maschinenbauingenieur am TGM, der größten Höheren Technischen Lehranstalt Wiens. Bis zu seiner Pensionierung arbeitete er in den Simmering-Graz-Pauker-Werken.

Als überzeugter Sozialdemokrat, der seit 1948 Mitglied der SPÖ war, engagierte sich Josef Wicher vor allem in Jugendorga-

nisationen. Daneben gehörte er 55 Jahre dem Österreichischen Gewerkschaftsbund an. Mahn- und Gedenkarbeit leistete Josef Wicher im Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, dessen Bundesvorstand er als langjähriges Mitglied angehörte.

Am 13. Oktober verstarb Josef Wicher. Er wurde in der Feuerhalle der Stadt Wien unter großer Anteilnahme verabschiedet. Der Schwechater Bürgermeister Hannes Fazekas und Alfred Ströer erinnerten daran, wie unermüdlich sich Wicher für die Opfer des Faschismus eingesetzt hat. Seinen Freunden und Bekannten wird „Pepi“ immer als Helfer, Mahner und Vermittler in Erinnerung bleiben. ■

Christina Pal



War stets hilfsbereit für die Opfer des Faschismus: Bundesvorstandsmitglied Josef Wicher

Foto: Freiheitskämpfer

Mit 12 Jahren im Viehwaggon ins KZ

Einen bleibenden Eindruck hat Professor Rudolf Gelbard mit seinem Vortrag in St. Pölten über seine persönlichen Erlebnisse im Konzentrationslager von 1942–1945 hinterlassen. Als 12-jähriger Knabe musste er mit seinen Eltern, die überzeugte Sozialdemokraten und Juden waren, in einem Viehwaggon den schrecklichen und unmenschlichen Transport ins KZ erleben. Die hygienischen Verhältnisse waren dabei katastrophal. Die meisten Juden, die in Wien geblieben sind, waren bettelarme Leute gewesen und hatten deshalb kein Geld zur Auswanderung, welche in die USA für Wohlhabende sogar bis 1941 noch möglich war. Rudolf Gelbard ist dem Drama im KZ Theresienstadt mit viel Glück entronnen.

Wie er haben von 15.000 jüdischen Kindern sage und schreibe

nur knapp 100 überlebt. 1945 überrollten sowjetische Panzer die Stacheldrahtzäune des KZ-Lagers und befreiten die Überlebenden. Danach war Gelbard ein Jahr lang in medizinischer Behandlung. Er wurde Sozialdemokrat und ein unentwegter Mahner vor Rassismus, Antisemitismus und Diktatur.

Wenn wir an die Ereignisse von 1933, 1934 und 1938 denken und auch an die Massenarbeitslosigkeit, die viele Menschen an der Demokratie zweifeln ließ, so gilt auch heute: Bewahren wir uns die Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, das allgemeine Wahlrecht und vor allem auch die soziale Sicherheit in Freiheit und klären wir die Menschen auf, denn reaktionäre Kräfte lauern an Schwachstellen demokratischer Strukturen. ■

Karl Gruber

NS-Ehrungen schon 1945 aufgehoben

Im Wiener Gemeinderat wurde jüngst in einem Antrag der SPÖ daran erinnert, dass sämtliche Ehrungen des NS-Regimes bereits aufgehoben wurden.

Im Zuge von Nachforschungen in Zusammenhang mit Ehrungen des NS-Regimes wurde nun auch die Vergabe von Orden, Ehrenringen und Ehrengräbern in der Zeit des Zweiten Weltkrieges behandelt. „Im Rahmen der Diskussionen um das nun aufgehobene Ehrengrab des NS-Jagdfliegers Walter Nowotny soll nun neuerlich darauf aufmerksam gemacht werden, dass bereits mehrere Gesetze seit Beginn der 2. Republik bestehen, die eine grundlegende Distanzierung zum NS-Regime darstellen.“ Hinzuweisen ist dabei vor allem auf das Rechts-Überleitungsgesetz von 1945, in welchem alle

nach dem 13. März 1938 erlassenen Gesetze und Verordnungen aufgehoben werden.

In der aus dem Rechts-Überleitungsgesetz erlassenen 21. Kundmachung der provisorischen Staatsregierung vom 12. Juni 1945 über die Aufhebung der deutschen Orden, Ehrenzeichen und Waffenabzeichen wird festgestellt, „dass alle Rechtsvorschriften über Orden, Ehrenzeichen und Waffenabzeichen des Deutschen Reiches mit 8. Mai 1945 außer Kraft gestellt sind“.

Wie der Verfassungsdienst der Stadt Wien daher in einem Rechtsgutachten ausführt, sind sämtliche Ehrungen, die auf Rechtsvorschriften des Deutschen Reiches beruhen, für den Bereich der Republik Österreich mit 8. Mai 1945 außer Kraft gesetzt. ■

GR Michael Ludwig

Heinz Fischer: Bald „Wende von der Wende“?

Unter dem Titel „Wende Zeiten“ hat Heinz Fischer, der langjährige und seit der Wahl 2002 nun Zweite Präsident des Nationalrates, ein neues Buch vorgelegt, das sich mit den jüngsten Entwicklungen in Österreichs politischer Geschichte befasst. Als Sozialdemokrat und Mitgestalter der politischen Szene und gleichzeitig als habilitierter Politikwissenschaftler um einen objektiven Blick bemüht, beschreibt er den Hintergrund der langen und trickreichen Koalitionsverhandlungen 1999/2000, die schließlich mit der „Politik-Wende“ des blau-schwarzen Bündnisses und Schüssels Kanzlerschaft von Jörg Haider's Gnaden ihren Ausgang nahm. Er untersucht die so genannten „EU-Sanktionen“ gegen Österreich nach ihrem tatsächlichen Inhalt wie nach ihren Auswirkungen auf

die öffentliche Meinung, schildert den Weg der Wende-Regierung Schüssel/Riess-Passer von ihrem „Marsch durch die Wüste Gobi“ (Khol) bis zu ihrem Platzen durch den von Haider heraufbeschworenen und offenbar aus der Kontrolle geratenen Knittelfelder „Putsch“ mit der Folge des tiefen Falls der FPÖ und vorzeitigen Neuwahlen, nach denen der überraschend triumphierende Schüssel die Verhandlungen mit den Oppositionsparteien schließlich doch zu Gunsten des wackelig gewordenen blauen „Jokers“ abbrach.

Das Buch gibt Einblick in Weichen stellende Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit, räumt mit manchen lieb gewordenen Legenden auf und stellt die Frage, ob die schwarz-blaue Regierung nicht bereits den Keim der Wende von der Wende in sich

trägt. Mit dem Blick auf die weiter zurückliegende Geschichte, in der „sowohl SPÖ als auch ÖVP als auch FPÖ im Laufe der Jahr-



Dr. Heinz Fischer

zehnte grandiose Erfolge und deprimierende Niederlagen erlitten“ haben, hält Heinz Fischer mit seiner Überzeugung von der Rückkehr der österreichischen

Sozialdemokraten in die aktive Regierungspolitik nicht hinter dem Berg und beendet sein Buch dementsprechend mit einem Karl-Popper-Zitat: „Optimismus ist Pflicht.“

Heinz Fischer, Wende Zeiten – Ein österreichischer Zwischenbefund. Verlag Kremayr & Scheriau, Wien 2003.

BERICHTIGUNG

In unserer Ausgabe 7-8-9 stammte nicht der Beitrag über das Anhaltelager Wöllersdorf von Herbert Exenberger, sondern der über die 1933 verbotene Republikfeier. Über Wöllersdorf und über das Buch von Ella Lingens schrieb Manfred Scheuch. Der Beitrag über den Militärputsch in Chile 1973 stammte von Herbert Berger.

Wegweiser aus den „neoliberalen Irrgärten“

Eine „geistige Vorbereitung für eine wirtschaftspolitische Trendwende, wonach das Denken nach anderen Prioritäten zu organisieren ist“: So nannte SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer das jüngst im Wiener Löcker Verlag erschienene, vom Vorsitzenden der SPÖ Wien Bürgermeister Michael Häupl herausgegebene Buch „Wirtschaft für die Menschen“.

Bei der Präsentation des Buches am 2. Dezember erläuterte Gusenbauer die Vorstellungen, nach denen die österreichischen Sozialdemokraten eine Änderung des derzeit noch im Schwange befindlichen neoliberalen Wirtschaftskurses anstreben. Mit den immer offenkundiger werdenden Fehlleistungen des „Marktes“ wachse das Unbehagen an der derzeitigen Wirtschafts- und Wachstumsordnung. Nicht der

„falsche Feind“, die Inflation, sei zu bekämpfen, sondern der wirtschaftliche Aufschwung müsse forciert werden, ist für Gusenbauer die Alternative. In der österreichischen Wirtschaftspolitik müssen die Investitionsfähigkeit sowie das Budget für For-



Herausgeber des Buches „Wirtschaft für die Menschen“ Michael Häupl

schung und Entwicklung erhöht werden. Um dies zu ermöglichen, geht es bei einer Steuerreform nicht um eine bloße Tarifkorrektur, sondern um die Einleitung eines budgetären Neuverteilungsprozesses. In der Frage der Standortpolitik ist für den SPÖ-Chef wichtig, österreichisches Eigentum und damit auch wesentliche Infrastrukturleistungen im Land zu behalten, was durch die fortschreitende Privatisierung nicht gewährleistet werde. Weiter begrüßte Gusenbauer, dass sich in der Frage des Stabilitätspaktes bereits eine Trendwende abzeichne und etliche Staaten eine Ergänzung dieses Paktes verlangen.

„In dem Buch geht es darum, dem Neoliberalismus ein wirtschaftspolitisches Konzept entgegenzustellen“, erläuterte Herausgeber Häupl die Ziele der in

dem Buch enthaltenen Analysen und Vorschläge. Er wandte sich gegen die negativ spürbaren Auswirkungen eines „Sparwahnsinns“, wie er heute in der Politik der schwarz-blauen Regierung, aber auch anderswo in Europa besonders fühlbar sei.

Nach einem Vorwort von Oskar Lafontaine und der von Gusenbauer und Häupl verfassten Einleitung enthält der Band Expertenbeiträge von Andreas Höferl, Stephan Schulmeister, Claudia Schmied, Ernst Tüchler, Brigitte Ederer, Hans Moser, Bernhard Troper, Sepp Rieder, Gerhard Steger, Christoph Matznetter, Dietmar Hoscher, Ewald Nowotny, Franz Nauschnigg und Jürgen Bozsoki. Das Buch könnte, wie Lafontaine andeutet, als ein Wegweiser aus den „Irrgärten des Neoliberalismus“ dienen.

Jüdische Zwangsarbeiter in Simmering

Eine Verkehrsfläche beim Gasometer in Wien-Simmering erhielt jüngst die Bezeichnung Rosa-Fischer-Gasse. Der Name von Rosa Fischer steht stellvertretend für die vielen ungarischen Juden, die von den Nazis 1944 hierher verschleppt wurden, schwerste Zwangsarbeit leisten mussten und unter unmenschlichen Bedingungen hier leben und zum Teil sterben mussten.

Trotz Zwangsverpflichtung ausländischer Arbeiter, trotz der Ausnützung der Arbeitskraft von Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen herrschte 1944 in Hitlers „Großdeutschem Reich“ großer Mangel an Arbeitskräften. SS-Brigadeführer und Nazi-Bürgermeister von Wien Hanns Blaschke ersuchte deshalb am 7. Juni 1944 den Chef des SS-Sicherheitsdienstes Ernst Kaltenbrunner um Bereitstellung ungarischer Juden für Sklavendienste in so genannten kriegswichtigen Betrieben. Kaltenbrunner nannte dafür die Bedingungen: „Dass nur ein gut bewachter, geschlossener Arbeitseinsatz und eine gesicherte lagermäßige Unterbringung in Betracht kommen können, liegt auf der Hand und ist unbedingt Voraussetzung für die Bereitstellung dieser Juden. Die nicht arbeitsfähigen Frauen und Kinder dieser Juden, die sämtlich für eine Sonderaktion bereitgehalten und deshalb eines Tages wieder abgezogen werden, müssen auch tagsüber in dem bewachten Lager bleiben“. („Sonderaktion“ war eine Tarnbezeichnung für die Deportation in die Vernichtungslager).

In Sonderwaggons zusammengepfercht, kamen Tausende ungarische Juden nach Wien; einige hatten den Transport gar nicht überlebt. Sie wurden in Wien in 40 Lagern unterge-

bracht. Für die zum Arbeitseinsatz bestimmten Juden errichtete man im Saurer-Werk, im Durchgangslager Gänsbachergasse, im Elektrizitätswerk und im Gaswerk abgeschlossene Unterkünfte in Holzbaracken. Béla Varga, der als Fünfzehnjähriger mit Verwandten aus Szolnok verschleppt wurde (sein Vater wurde im KZ Buchenwald ermordet), zeigt in seinen penibel geführten Aufzeichnungen aus dem Lager Saurer-Werk, dass sich die gefangenen Juden trotz der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft mit bescheidenen kulturellen Aktivitäten die Menschenwürde hinter dem Stacheldraht bewahrten. Es gab auch Zeichen der Solidarität von „arischen“ Arbeitskollegen. Sandor Tabak, ein Jugendlicher, der im Gaswerk Simmering arbeiten musste, schrieb: „Man garantierte uns einen minimalsten Lebensunterhalt, aber niemals genügend ... Dankbar erinnere ich mich, dass wir von unseren Arbeitskollegen oft warme Speisen, Käse und Brot bekamen.“

Im Chaos des April 1945 wurden die Juden in Richtung Stadt in Marsch gesetzt. Unterwegs teilten sie sich in kleine Gruppen auf. Ein Teil der Lagerbewohner konnte sich in Wien bei Privatpersonen verstecken. Andere wurden von der SS weitergetrieben. In der Nacht von 2. auf 3. Mai wurden 222 ungarische Juden in Hofamt Priel bei Persenbeug von SS-Schergen ermordet. Rosa Fischer, deren Name für alle anderen auf der neuen Straßentafel steht, war schon, wie so viele ihrer Leidensgenossen, am 24. August an Entkräftung gestorben. ■

Herbert Exenberger

(Aus seiner Ansprache bei der offiziellen Benennung der Verkehrsfläche)



Stadtrat Mailath-Pokorny mit W. Neugebauer (l.) und H. Exenberger (r.)

Stadt Wien ehrt Neugebauer und Exenberger

Wolfgang Neugebauer, Leiter des „Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands“ (DÖW), und DÖW-Bibliothekar Herbert Exenberger wurden jüngst im Wiener Rathaus geehrt: Neugebauer erhielt das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien und Exenberger das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien.

Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny erinnerte dabei an das 40-Jahre-Jubiläum des DÖW, das heuer im Mai im Rahmen einer großen Festveranstaltung gefeiert wurde. In den vergangenen Jahren habe es einen Umdenkprozess in Österreich gegeben, einen kritischen und bewussteren Zugang zu der Zeit des Nationalsozialismus. Das DÖW habe an diesem gesellschaftlichen Bewusstseinsbildungsprozess einen maßgeblichen Anteil.

Wolfgang Neugebauer, geboren 1944 in Wien, studierte in Wien Geschichte und Geographie. Schon während des

Studiums wurde er vom DÖW mit der Durchführung kleinerer wissenschaftlicher Aufgaben betraut, ab 1970 war er Mitarbeiter, 1984 wurde er zum wissenschaftlichen Leiter des Vereins bestellt. Neugebauer verfasste zahlreiche Publikationen, u. a. den gemeinsam mit Ernst Hanisch und Emmerich Tálos herausgegebenen Sammelband „NS-Herrschaft in Österreich“, der zu einem Standardwerk der österreichischen Zeitgeschichte geworden ist.

Herbert Exenberger wurde 1943 in Wien geboren, er war als Facharbeiter in den Wiener Stadtwerken tätig. Nach Absolvierung des zweiten Bildungsweges wurde er Leiter einer Zweigstelle der Wiener Städtischen Büchereien. Ab 1970 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2003 arbeitete er als Bibliothekar im DÖW. Er hält auch weitere Vorträge, recherchiert für Publikationen und gestaltet Ausstellungen über die Nazi-Verbrechen und den Widerstand. ■

Czernetz-Ehrung mit Europathema

Zum 25. Todestag von Karl Czernetz luden die Wiener Bildungsorganisation und die Wiener Freiheitskämpfer in das nach ihm benannte SPÖ-Bildungszentrum in der Praterstraße zu einer besonderen Veranstaltung im Geiste des großen Sozialdemokraten und Europäers ein. Zu Beginn eröffnete der Wiener Bildungsvorsitzende Ernst Woller eine vom MEP Hannes Swoboda mit eigenen Fotos gestaltete Ausstellung über die neuen Nachbarn in der Europäischen Union. Anschließend erinnerten Ernst Nedwed, Bildungsvorsitzender von 1976 bis 1993, und der jetzige Bil-

dungsvorsitzende Ernst Woller an das politische Wirken von Karl Czernetz. Als Jahrgang 1910 erlebte Czernetz die soziale Aufbruchstimmung der Ersten Republik und später auch die



Karl Czernetz

katastrophale Niederlage des Jahres 1934. Als Mitglied der illegalen Revolutionären Sozialisten wurde er von der Schuschnigg-Polizei mehrmals verhaftet, konnte aber noch im Februar 1938, knapp vor dem Einmarsch der Nazis, nach Großbritannien flüchten, wo er mit Oscar Pollak und anderen Genossen im Londoner Büro österreichischer Sozialisten zusammenarbeitete. Seine Kontakte zur Labour Party waren für Österreich von großer Bedeutung, als dann Clement R. Attlee Premierminister einer Labourregierung wurde. Im November 1945 kehrte Karl Czernetz aus dem Londoner Exil

nach Österreich zurück und übernahm hier zunächst das Referat für politische Schulung.

Ernst Nedwed erinnerte sich an die ersten Referate, die er von Karl Czernetz gehört hatte und die ihn sehr beeindruckt



Ernst Nedwed und Hannes Swoboda würdigten Karl Czernetz

hatten. Karl Czernetz wurde der Lehrer von zwei Generationen von Sozialisten in der SPÖ. Er gründete 1947 auch den ersten Lehrgang der Wiener Partischule, die jetzt den 28. Lehrgang vorbereitet. Karl Czernetz übernahm schließlich die gesamte Bildungsarbeit und wurde Chef der Sozialistischen Bildungszentrale. Seine vielseitigen Aufgaben in der SPÖ können nur kurz zusammengefasst werden: Abgeordneter zum Nationalrat, später Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses, Mitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarates von Beginn an, Mitherausgeber und zeitweise

Chefredakteur der „Zukunft“ sowie Internationaler Sekretär der SPÖ. Czernetz war Verfasser unzähliger Broschüren, Bücher und Artikel. Seine Reden bei wichtigen Veranstaltungen, z.B. auf Parteitagen, waren legendär. In ihnen brachte er interessante Beiträge, die immer große Beachtung fanden. Seine letzte Funktion war die des Präsidenten des Europarates, die für ihn eine große Herausforderung war. Hannes Swoboda würdigte in seinem Referat die Rolle Czernetz' in der europäischen Integrationsentwicklung und befasste sich mit dem Thema „Europas Linke und die konservative Wende“. ■

Fund zu Brechts „Koloman-Wallisch-Kantate“

Bertolt Brecht hat bei seiner Rückkehr aus dem amerikanischen Exil nicht nur, bevor er sich 1949 endgültig in der DDR niederließ, mit Unterstützung Gottfried von Einems einen österreichischen Pass erhalten, sondern er lebte auch einige Zeit bei einer befreundeten Familie in Zürich. Dort hat nun der Schriftsteller und Literaturwissenschaftler Werner Wüthrich einen spektakulären Fund gemacht: Er hat in der Schweiz jenes Material gefunden, das ihm einst für seine Doktorarbeit über Brecht fehlte: jene Schriften, die dieser

bei seinen Herbergsleuten zurückgelassen hatte.

Unter anderem findet sich – und das macht den Fund für die Erinnerung an den 12. Februar 1934 besonders interessant – unter den bisher unbekanntesten Arbeiten (so zwölf unveröffentlichte „Geschichten vom Herrn Keuner“) auch ein fünfseitiges Exposé der „Koloman-Wallisch-Kantate“, von der bisher nur ein Bruchstück in Brechts Gesamtelten Werken aufschien; übrigens erinnern wir uns, dass im Vorjahr eine ambitionierte linke Jugendgruppe diese Kantate in Wien zur Aufführung brachte.

Hanns Eisler sollte die Kantate vertonen; es kam aber nicht mehr dazu. Nun kann sie rekonstruiert werden. „Gedruckt schätze ich, dass das zwischen 20 und 30 Seiten sind. Es wird ein vollständiges, neues Werk sein, mit Einzelstimmen und Chor“, teilte Wüthrich der Wiener „Presse“ in einem Gespräch mit. Koloman Wallisch, sozialdemokratischer Abgeordneter zum Nationalrat, wurde bekanntlich nach seiner Gefangennahme, als die Waffen längst ruhten, am 19. Februar 1934 gehenkt. Kampf und

Sterben des mutigen Februar-Kämpfers Wallisch, für den der Kapfenberger Michael Scharang 1984 ein „Filmdenkmal“ errichtete, lebt so auch im Werk eines der größten deutschen Dichter des 20. Jahrhunderts weiter.

„... In Leoben nah dem Erzberg/ Nachts zur elften Stund/ Hat man den Wallisch gehänget/ Als einen roten Hund./ ... Im Februar vierunddreißig/ Der Menschlichkeit zum Hohn/ Hängten sie den Kämpfer/ Gegen Hunger und Fron/ Koloman Wallisch/ Zimmermannssohn./ ...“ ■

Der gerade Weg des Hans Schögggl

Hans Schögggl wurde vor 90 Jahren, am 14. 11. 1913, in Wien als Sohn eines Neuberger Eisenbahners geboren, eines Lokführers, der damals an seinem Wiener Dienstort wohnte. Als Hans erst 8 Jahre alt war, starb die Mutter. Der Vater kehrte mit dem Sohn zurück nach Neuberg an der Mürz, was für Hans eine spürbare atmosphärische Veränderung vor allem durch das Erlebnis des Schulwechsels gewesen ist. Im sozialdemokratisch verwalteten „Roten Wien“ galt das Prinzip, aus Kindern mündige Menschen machen zu wollen. Der gewaltige Unterschied zur konservativen Atmosphäre in der Steiermark, die ihn bedrückte, äußerte sich für Hans in den düsteren Schulräumen im Neuberger Stift, der Kontrolle des sonntäglichen Messbesuches und darin, dass Lehrer Kinder die soziale Position ihrer Eltern spüren ließen. Im Volksschüler Hans regte sich damals ein kindlicher Wunsch: Wenn ich einmal groß bin, werde ich in Neuberg an der Mürz eine moderne Schule bauen. Jahrzehnte später konnte er als Bürgermeister (1950–58) dieses Vorhaben verwirklichen.

Hans Schögggl war von Anfang an bei der Arbeiterbewegung, damals auch eine Kulturbewegung, die den Freizeitbereich der Menschen erfasste, die in Sportorganisationen für gesunde Lebensführung sorgte und für die vor allem das Streben nach Bildung zur stärksten Triebkraft wurde. Er war bei den Kinderfreunden, den Roten Falken, der Sozialistischen Arbeiterjugend, bei den Arbeiterturnern und schließlich auch im Republikanischen Schutzbund.

Und als die Regierung Dollfuß daranging, diese Bewegung gewaltsam zu beseitigen, da war auch Hans Schögggl bei den Ver-

teidigern der Demokratie. Mit seinen Schutzbundgenossen lag er während der Tage des Bürgerkrieges vom 12. Februar 1934 im Neuberger Neudörfel in Bereitschaft. Nach dem Verbot der Sozialdemokratie wurde er sechs Monate lang im Anhaltelager Wöllersdorf eingesperrt. Und als ihm nach der Freilassung eine neuerliche Verhaftung drohte, flüchtete Hans Schögggl nach Ungarn.

Eine Budapester sozialdemokratische Familie, die Hans bereits von deren Urlaubsaufenthalt in Neuberg gekannt hatte, war die erste Anlaufstelle. Die gesamte Familie seiner ersten Helfer in Ungarn sollte später im Holocaust der Nazis ermordet werden.

Im Ungarn jener Zeit herrschte das autoritäre Regime des „Reichsverwesers“ Nikolaus v. Horthy, das als Diktatur aber nicht so rigide war wie andere faschistische Systeme in Europa. Dass die ungarische Sozialdemokratie stark eingeschränkt, aber legal arbeiten konnte, war eine Besonderheit dieses Landes. In der ungarischen Partei hat Hans seine Frau Ilona kennen gelernt. Auch sie war wie Hans Halbwaise und auch ihr war die Sozialdemokratie zur Heimat geworden. In den folgenden Jahren des Krieges, der Verfolgung und der Untergrundarbeit zeichnete sie sich durch besonderen Mut aus und bis zu ihrem Tod 1995 war sie Hans Schögggl verbunden.

Durch den Anschluss Österreichs an Nazideutschland war Hans Schögggl zum so genannten „Auslandsdeutschen“ geworden und als solcher ist er 1942 zur deutschen Wehrmacht, zur Kriegsmarine, eingezogen worden. Für ihn war klar, dass er sich nur die Niederlage Nazi-Deutschlands und damit jener Armee, in der er diente, wün-

schon konnte. Und es war nur folgerichtig, dass er Kontakt zu Kreisen des militärischen Widerstandes gefunden hat. Auf diese Weise konnten Informationen über den Zustand der deutschen Kriegsmarine durch Kanäle über die Hans und Ilona Schögggl persönlich bekannte ungarische Sozialistin Anna Kethly zur britischen Labour Party nach London gelangen.

1944 eskalierte die Lage in Ungarn, als die Wehrmacht das Land besetzte und die Deportation und Ermordung der ungarischen Juden begann. Auch jetzt fühlte sich Hans Schögggl herausgefordert und hat an mutigen Hilfsaktionen mitgewirkt, bei denen ungarischen Juden zur Flucht verholfen werden konnte.

Nach der Befreiung 1945 begann für Hans Schögggl ein neues Leben. Jetzt konnte er nach der Rückkehr nach Neuberg an der Mürz als Gemeindepolitiker unter den Rahmenbedingungen der Demokratie sichtbare Zeichen setzen. Er blieb dabei bescheiden und sah sich immer nur als Teil der Gemeinschaft. Es ging ihm stets darum zu verhindern, dass sich Entwicklungen, die zu Diktatur und Faschismus geführt haben, jemals wiederholen können. Seine letzte politische Funktion war denn auch die eines Mürzzuschlager Bezirksobmannes des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer.

Am 27. 9. 2003 ist Hans Schögggl gestorben. Wir aber können weiter lernen aus seiner Haltung, denn es gibt noch immer zu wenig Zivilcourage und zu viel Anpassung und in jüngster Zeit deutliche Tendenzen, dass das, was mehrere Generationen mühsam erkämpft haben, ausgehöhlt wird. Hans Schögggl würde sagen, es gibt noch immer viel zu tun. ■

Heimo Gruber

Wichtige

Österreicher für Spaniens Freiheit

In jahrelangen Nachforschungen in in- und ausländischen Archiven sowie bei zahlreichen Einzelpersonen hat Hans Landauer (in Zusammenarbeit mit Erich Hackl) ein „**Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939**“ erarbeitet. Es enthält die Namen und, soweit eruierbar, Daten der rund 1.400 österreichischen Spanienkämpfer, die – zumeist aufgrund der Erfahrungen mit der Brutalität des Faschismus von 1934 im eigenen Land – bereit waren, ihr Leben für ein anderes Volk gegen den gleichen Feind einzusetzen.

Die ersten Freiwilligen, die sich zum Kampf gegen den Putschistengeneral Franco meldeten, waren Österreicher, die schon in Spanien lebten. Dann kamen die „Individualisten“, die trotz großer Hindernisse auf eigene Faust in das umkämpfte Land gelangten. Zu ihnen gehörte z. B. Josef Schneeweiß, der als Student per Autostopp schon 1936 nach Spanien gelangte und dort Mitbegründer der „Centuria Thälmann“ wurde. Julius Deutsch kam aus der CSR nach Spanien und war als General Berater für die Küstenverteidigung im republikanischen Kriegsministerium. Nach Gründung der Internationalen Brigaden (22. Oktober 1936) wurde von der KPÖ eine illegale Transportorganisation eingerichtet, ebenso machten sich viele Schutzbündler, die im sowjetischen Exil lebten, auf den Weg nach Spanien. Da die Zusammenarbeit mit den Kommunisten problematisch war, organisierten die revolutionären Sozialisten ebenfalls eine „Werbezentrale“, die in Verbindung mit Anlaufstellen in Frankreich und der Schweiz

neue Bücher, die uns angehen

stand. So kam auch der 16-jährige Hans Landauer zur Interbrigade. Der Freiwilligentransport blieb trotz Verhaftungen durch die österreichische Polizei immer intakt.

Die Schicksalswege der Spanienkämpfer waren unterschiedlich. Hinter den Namen von vielen liest man „gefallen ... bei Gandesa, am Ebro, bei Corbera“ usw. Nach dem Sieg der Franco-Truppen wurde eine große Zahl der Spanienkämpfer im französischen Lager in Gurs interniert. Als Hitler Frankreich besetzte, wurden viele von ihnen ins KZ Dachau gebracht, wohin schon andere, die in ihre Heimat gelangten, von Nazi-Volksgerichtshöfen eingewiesen worden waren. Viele kamen im KZ ums Leben, Kranke wurden in der Euthanasieanstalt Hart heim umgebracht. Von Glück konnten jene reden, die in England aufgenommen wurden. Tragisch war das Los von „Trotzkisten“ wie Kurt Landau, der noch mitten im Bürgerkrieg in Spanien dem langen Arm von Stalins GPU zum Opfer fiel, und das etlicher in die Sowjetunion zurückgekehrter Schutzbündler, die im Gulag starben. Unter den

nach der Befreiung aus den Nazi-KZs und aus Russland Zurückgekehrten war die Zahl der KP-Funktionäre beträchtlich.

Wiens Gestapo-Chef Huber

Bereits am 15. März 1938, drei Tage nach dem „Anschluss“, wurde im Auftrag Himmlers von Reinhard Heydrich die Gestapo-Leitstelle Wien etabliert. Sie wurde zur größten im gesamten Hitlerreich ausgebaut. Der Mödlinger Historiker Thomas Mang legt als Ergebnis seiner Forschungen in dem Buch **„Gestapo-Leitstelle Wien – Mein Name ist Huber“** (LIT Verlag, Münster 2003) ein umfassendes Bild der Tätigkeit des Gestapo-Chefs von Wien, Franz Josef Huber und seines Stellvertreters Dr. Karl Ebner insbesondere im Hinblick auf die Deportation der Wiener Juden vor. Die erste Deportation von Wiener Juden nach Polen erfolgte bereits am 15. Februar 1941, nachdem Gauleiter Baldur von Schirach „angesichts der brennenden Wohnungsnot“ Hitlers Zustimmung dazu erwirkt hatte. In dem von Heydrich geförderten Bayern Huber sieht der Autor den zwar „nicht ranghöchsten, aber effektivsten NS-Täter“ in Österreich. Er beherrschte als Gestapo-Chef den gesamten beamteten Terrorapparat der Sicherheitspolizei. Vom Schutzhaftbefehl bis zur „verschärften Vernehmung“ (der Folter), von den Einweisungen in Konzentrationslager bis zu den Deportationen der ihm unterstellten „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ nahmen Huber und sein Dauer-

vertreter Ebner (der in Graz studiert hatte und als Polizeijurist illegaler Nazi wurde) als Praktiker des Terrors in der siebenjährigen Geschichte des Nationalsozialismus in Österreich die dominierende Rolle ein. Huber kam trotz seiner Verbrechen schließlich in Deutschland mit einem Freispruch davon, weil der US-Geheimdienst seine schützende Hand über ihn hielt. Ebner wurde von einem österreichischen Volksgericht 1947 zu 20 Jahren Kerker verurteilt. Aber bereits nach fünf Jahren begnadigt.

Gebremste Entnazifizierung

Der Journalist Hellmut Butterweck hat in jahrelangen Recherchen Österreichs Entnazifizierung untersucht und das Ergebnis nun in dem Buch **„Verurteilt und begnadigt“** (Czernin Verlag, Wien 2003) vorgelegt. In der Anfangszeit der Zweiten Republik wurde scharf gegen NS-Täter vorgegangen. Volksgerichte sprachen in 23.000 Prozessen 13.607 Straftäter schuldig, verhängten 43 Todesurteile (30 wurden vollstreckt), unter den Haftstrafen lagen 650 zwischen 5 und 20 Jahren. Aber – Butterweck belegt dies an unzähligen Beispielen – der Wind drehte sich bald. „Der frühe Kampf um Wahrheit und Gerechtigkeit wurde nicht zuletzt durch den Kalten Krieg verloren“; aber auch das Buhlen der politischen Parteien um die Masse der 1949 wieder zur Wahl zugelassenen früheren NSDAP-Mitglieder und die österreichische Selbstdarstellung in der ausschließlichen Opferrolle brachten den Gesinnungswandel. Die Schonung bestimmter Täterkategorien und die Rückkehr von Belasteten

in wichtige Positionen nahmen ihren Lauf. Es folgten die skandalösen Freisprüche durch die Geschworenen nach Aufhebung der Volksgerichte und großzügige Begnadigungen. Ein Verzicht auf Schaffung klarer Verhältnisse, dessen Folgen sich bis heute zeigen.

Die Denunzianten

Welche Schleusen an Gemeinheit und Niedertracht die Aufforderung der Nazimacht-haber öffneten, ihre Politik durch ständige „Wachsbarkeit“ zu unterstützen, zeigt das Buch **„Denunziert“** von Herbert Dohmen und Nina Scholz (Czernin Verlag, Wien 2003). Auch im „angeschlossenen“ Österreich wären der Gestapo-Verfolgung von politischen Gegnern, untergetauchten Juden und von im Dritten Reich erfundenen Delikten wie „Rassenschande“ oder „Hören von Feindsendern“ ohne die Anzeigen aus der Bevölkerung enge Grenzen gesetzt gewesen. Unfassbar, in welchem Ausmaß Privatpersonen ihre Nachbarn, Bekannten, im schlimmsten Fall sogar Familienangehörige, anzeigten. Dabei spielten viel weniger Nazifanatismus eine Rolle als persönliche Gier und Rachsucht. „Das Ausmaß an Hinweisen aus der Bevölkerung überforderte manchmal sogar die Nazibürokratie“, konstatieren die Autoren. Es wäre freilich falsch, daraus auf eine österreichische Besonderheit zu schließen. Wenn ein Regime die Denunziation zur Bürgerpflicht macht, wird es überall eine Sorte Menschen geben, die sich dafür hergeben. Bei Denunziationsprozessen nach 1945 waren die Folgen für die Täter zumeist weniger schwerwiegend als das, was ihren Opfern angetan worden war. ■



Foto: Freiwilkskämpfer

Hans Landauer beim Mahnmal für die Spanienkämpfer

Wir schämen uns nicht der Republik

Vor 85 Jahren, am 12. November 1918, proklamierte die Provisorische Nationalversammlung vor zehntausenden vor dem Parlament in Wien versammelten Menschen das deutschsprachige Gebiet der zerfallenden Habsburgermonarchie als demokratische Republik „Deutschösterreich“. Alle Parteien hatten sich zu diesem Schritt bekannt, nachdem Kaiser Karl „auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften“ verzichtet und das Recht des Volkes zur Entscheidung über die künftige Staatsform anerkannt hatte.

Allerdings waren Demokratie und republikanische Staatsform vor allem den Sozialdemokraten eine Herzensangelegenheit, während die Christlichsozialen angesichts der revolutionären Situation jener Tage ihre Vorbehalte zurückstellten. Der spätere Verlauf der Geschichte sollte zeigen, dass sie diese Republik nicht liebten. Der 12. November als Staatsfeiertag wurde von den bürgerlichen Regierungen eher ignoriert, und als es Dollfuß schließlich gelungen war, das Parlament auszuschalten, wurden die Republikfeiern der Sozialdemokraten 1933 polizeilich verhindert.

Habsburger-Nostalgie und die immer offener bekundete Absage an die Demokratie ließen die bürgerliche Rechte in der Gründung der Republik fast einen bedauerlichen Betriebsunfall sehen; man schien sich ihrer zu schämen. Das hat viel

dazu beigetragen, dass der Tag der Republik-Gründung – auch mit dem Schlagwort vom „Staat, den keiner wollte“ (der so allgemein nicht stimmt) – fast in Vergessenheit geraten ist.

Wir Sozialdemokraten haben allerdings keinen Grund, uns dieser Republik zu schämen. Unsere Gründerväter sahen keineswegs nur in einer Republik den einzigen Weg des damals noch großen Österreich. Ihnen ging es nicht so sehr um die Staatsform als um die Demokratie, und konsequenterweise haben sie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht (wenn damals auch nur für Männer) der Monarchie in langen Kämpfen abgetrotzt. Und sie waren es auch, die keineswegs, wie die Nationalisten aller Schattierungen, in der Zerstörung dieses Staatsgebildes ihr Ziel sahen. Victor Adler, Karl Renner und Otto Bauer zeigten die Alternativen, wie durch die Gleichberechtigung aller Nationalitäten dieses übernationale Staatsgebilde hätte erhalten werden können. Aber die Herrschenden blieben blind für alle Reformen und wurden so mitschuldig am Ausbruch des großen Krieges, der Millionen das Leben kostete und ein Reich, das zum Vorbild des Zusammenlebens verschiedener Völker hätte werden können, zerstörte.

Das war nicht die Schuld der Sozialdemokraten, und sie brauchen sich der Republik, die ent-

stand, nicht zu schämen. Ihre Existenz hat die großen sozialen Reformen ermöglicht, die auch der Masse des Volkes ein menschenwürdiges Leben sicherten. In dieser Demokratie, die nun auch die Frauen einbezog, wurde das international bewunderte Aufbauwerk des Roten Wien möglich, eines Modells dafür, was demokratischer Sozialismus, und sei es auch – vom Umland angefeindet – nur in einer Stadt, vermag.

Aber wir brauchen uns auch nicht dessen zu schämen, was von vielen Nachgeborenen heute schwer verstanden wird: dass die Sozialdemokraten damals, mit Otto Bauer an der Spitze, die Zukunft Österreichs in einer großen deutschen Republik sahen. Es war die aus der Zerstörung eines großen Wirtschaftsgebiets zu befürchtende Notlage, der Geist der Zeit, der zur Vereinigung der Menschen einer gemeinsamen Sprache in einem gemeinsamen Staat drängte, die Hoffnung, diesem auch Südtirol und die sozialdemokratischen Kerngebiete im Sudetenland zu erhalten. Dass die Sieger im Ersten Weltkrieg die Demütigung der

Besiegten dem als Kriegsziel ausgegebenen Bekenntnis zur Selbstbestimmung vorzogen, mag den Keim zu einer Entwicklung in sich getragen haben, die sie schließlich einem kriegslüsternden Diktator zugehen ließ, was sie den Demokraten der ersten Stunde versagten. Mag sein, dass die Geschichte ganz anders verlaufen wäre und Abemillionen entsetzliches Unglück erspart geblieben wäre – auch diese Vorstellung erlaubt uns, stolz auf unsere Republikgründer zu sein und sich ihrer Taten wie auch ihrer Träume keineswegs zu schämen. ■

Manfred Scheuch



Triumph der Republikfeinde 1934: Das Denkmal verhüllt, dann abgetragen

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschisten. 1010 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: <http://www.freiheitskaempfer.at> **Produktionsleitung:** VWZ-Zeitschriftenverlag Ges.m.b.H., 1070 Wien, Schottenfeldgasse 24, Telefon: 524 70 86-0 **Hersteller:** Gutenberg, 2700 Wiener Neustadt